

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Insertate
für die sechsgespaltene Colonne oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von **209200** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Der Generalstreik im Ruhrrevier.

Dortmund, 27. Januar 1905.

Wenn diese Zeilen in Sah gehen, tobt der Riesenkampf im Ruhrrevier bereits zwei Wochen lang und im Dortmunder Revier stehen viele Zechen schon seit drei Wochen im Zeichen des Streiks. Über äußerlich tritt dieser gigantische Kampf, an dem jetzt 250.000 Bergarbeiter beteiligt sind, nicht lärmend in Erscheinung. Es herrscht eine fast unheimliche Ruhe. Noch nie ist die erzieherische Wirksamkeit der Arbeiterbewegung so strahlend in Erscheinung getreten wie bei diesem Kampfe. Das scharfmacherische Geschrei nach Militär und blutiger Erschließung der Bewegung prallt wirkungslos ab an der musterhaften Haltung der Arbeiterchaft. Diese hat ihre eigene Polizei organisiert, die nicht durch Gewalt und Waffengebrauch, sondern durch moralische Einwirkung die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung garantiert. Es liegt eine eigene Fronte darin: Die Unternehmer erklären den Ausstand für einen gefahrlosen Zustand, für eine Revolte gegen die heilige kapitalistische Ordnung und nie wurden weniger Ausschreitungen begangen als während des Streiks. Diese Tatsache wird durch die Kriminalstatistik bestätigt. Dieser Ausstand ist eine glänzende Widerlegung von der Theorie, daß Streiks gleichbedeutend seien mit der Proklamierung von Ausschreitungen, Exzessen und dem Terror. Bis hoch in konservative Kreise hinein pringt die tadellose Haltung des Streikheeres in den Mann der Anerkennung.

Der Stand der Bewegung ist für die Streitenden günstig. Mit Ausnahme der Gruppe der Scharfmacher und ihrer Süßlinge steht die gesamte Bevölkerung mit ihrer Sympathie zu den Streitenden. Das hat doppelten Grund. Einmal erkennt man die Forderungen der Arbeiter als gerecht an und zweitens sieht man in der schrankenlosen Herrschaft des Grubenunternehmens eine schwere Gefahr für das Gemeinwohl. Rücksichtslos in der Massier werden die Konsumenten geplündert, durch das Zehenlegen stellt man blühende Gemeinwesen vor den finanziellen Zusammenbruch, in ungezügelter Herrschaft jagte das Grubenkapital sogar der Regierung offen den Krieg an. Aus Rache wegen der Hiberniaaffäre lehnte man scharf die Vermittlungsvorschläge der Regierung ab. Wo die Regierung sich nicht bedingungslos in den Dienst der Industriefürsorge stellt, existiert für diese die Regierung nicht. Die Leute, die sich sonst aufspielen als Hüter der Staatsautorität, pochen auf ihren Gelbsack, pfeifen auf die Regierung, wenn diese nicht ihr ergebener Hausknecht sein will: Wir sind die Regierung, wir sind die Staatsmacht. Das ist das Diktum der Grubengewaltigen! Noch nie ist die Staatsautorität, die Regierung, in der Öffentlichkeit mehr in Mißkredit gebracht worden als durch das proklamierte Auftreten der Grubenmagnaten. Das Bürgertum, das sonst mit heiligem Schrecken den Gedanken und Glauben an die Autorität des Staates kultiviert, gemahrt mit Schreien, daß es Phantomen gehuldigt hat, es sah, wie die Regierung vor dem Magnatentum schwächlich kapituliert. Findet sich die Regierung aus dieser Situation nicht heraus, rafft sie sich nicht noch nachträglich zu energischem Handeln auf, magt sie es nicht, die Diktatur des Kohlenkapitals zu brechen, dann ist es um das letzte Restchen von Ansehen gekommen. Bis jetzt sind aber nur schwache Anzeichen dafür vorhanden, daß die Regierung ihr verlorenes Prestige wiedergewinnt; stolz und frech hat der bergbauliche Verein ihr wiederholt den Gehbehandschuh hingeworfen. Es wird also voraussichtlich die Arbeiterchaft allein den Kampf gegen das sich als unüberwindlich fühlende Grubenkapital auszufechten haben. Und es hieße Vogelstraußpolitik treiben, zu verkennen, daß das für die Arbeiter eine schwere, schwere Aufgabe, ein Riesenwerk ist.

Aber darum braucht man nicht zu verzagen. Nicht nur hat die Arbeiterchaft die Sympathie der gesamten Bürgerchaft hinter sich, auch sonst steht für sie die Sache günstig. Es wird in der Scharfmacherpresse so viel über Arbeitswilligenbeschwerden geschrieben, daß man zu der Meinung verführt werden kann, es sei eine erhebliche Zahl Streikbrecher vorhanden. Das ist aber nicht der Fall. Und qualitativ ist die Streikbrecherkolonne noch weniger bedeutungsvoll, als quantitativ. In der Hauptsache sind es Kinder und Halbinvaliden, die unter theatralisch wirkenden Aufzügen, von einem Schwarm von Gen darmen, Polizisten und Zehenschutzmännern — vereidigte Steiger, Betriebsführer — von der Wohnung abgeholt, zur Grube geleitet und von da wieder zu Müttern gebracht werden. Und die Wohnung der Streikbrecher ist fast ausnahmslos die Zechenkolonie.

Nun darf man aber nicht glauben, alle Betriebswohnungsinhaber spielten Streikbrecher. Daran ist gar kein Gedanke. Die leistungsfähigen Leute ließen sich nicht bange machen, sie verlachten die Drohungen der Verwaltungen, die angeblich alle Streiker aufs Pfahle setzen wollen. Man möchte ja schließlich wohl, aber es geht nicht und man wird gar nicht versuchen, die Drohungen wahr zu machen.

In der Unternehmerpresse wird behauptet, Angst halte viele Arbeitswillige ab. Das stimmt, Angst ist es wirklich, die Kinder und alte Leute abhält, sich den Streitenden anzuschließen, Angst vor dem — Obdachloswerden! Vor den Streitenden brauchen die Hausmeister keine Angst zu haben, weil sie der Bewegung gar nicht schaden können. Obwohl die Steiger jetzt die Kohlenhacks schwingen müssen, bringt man nicht so viel Kohlen zu Tage, um den Selbstverbrauch der Zechen stellen zu können, ja nicht einmal die Sicherheitsarbeiten zur Verhinderung von Zusammenbrüchen der Gänge (Strecken) können ausgeführt werden. Die Folge davon ist, daß Strecken zahlreich zu Stuch gehen. Nach dieser Richtung ist ein Erfolg der Ar-

beiter gesichert. Die vom Ausland hereinkommenden Kohlenmengen sind so gering, daß sie einen erheblichen Einfluß auf die Situation nicht ausüben vermögen. Die Qualität der Auslandskohle entspricht dazu nur in begrenztem Umfang den technischen Einrichtungen in der Großindustrie. Für die Kraftmaschinen der mechanischen Betriebe wird heute vielfach der Abgas der Koksöfen benutzt. Wird kein Koks gebrannt, fehlt die Kraft für Maschinen, Koksöhlen kann man also nicht aus dem Ausland holen.

Es gibt nur eine Gefahr für die Arbeiter — Mangel an Unterstützung, der Anmarsch des Hungers! Das Unternehmertum rechnet anscheinend auf diese Hilfe. Trozig, im Gefühl der Goldmacht weiß man die Arbeiter und die Regierung zurück. Vom Hunger müde gemacht, sollen die Bergklaven neuemütig in das Joch der Grubengewaltigen zurückkehren, bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Das darf nicht geschehen, nimmermehr!

Noch nie wogte auf sozialem Kampfplatz ein solch gigantischer Ringen wie jetzt im Ruhrrevier zwischen Grubenkapital und Lohnproletariat. Der Ausgang dieses Kampfes wird von entscheidender Rückwirkung auf das Verhalten des gesamten Unternehmertums sein. Jetzt ein Sieg errungen, macht für die Zukunft viele Kämpfe um nötig, ein Sieg der Arbeiter in diesem Riesenkampf beehrt das Unternehmertum, daß es sich endlich doch zur Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter bequemen muß. Eine Niederlage der Arbeiter jedoch würde das Selbstgefühl der Unternehmer gewaltig kühlen, in neuauferwachter Herrschaft würde man überall aggressiv gegen die Arbeiter vorgehen. Eine Unmenge Kämpfe, schwere Gefahr, viel Not und Elend für die Arbeiterchaft wäre die direkte Frucht eines Sieges des Kohlenunternehmens. Solidarität und Selbstverteidigung muß das gesamte Proletariat auf den Kampfplatz rufen. Durch reichliche Spenden muß die Arbeiterchaft sich bei diesem Kampfe ganz besonders auszeichnen. Riesensummen sind für eine nur minimale Unterstützung notwendig. Ganz besonders muß die Metallarbeiterchaft sich bei den Sammlungen in edler Konkurrenz mit den übrigen Gewerkschaften hervortun. So nahe Beziehungen wie zwischen Kohlen- und Eisenarbeitern gibt es wohl nirgend. Die eine Kategorie ist immer auf die andere angewiesen. Wie enge die Wechselbeziehungen sind, hat ja der jetzige Generalstreik bewiesen. Raum zwei Tage dauerte der Ausstand, da mußten schon Tausende von Metallarbeitern feiern, die Eisenwerke lagen brach.

Je länger der Streit dauert, desto größer wird die Kalamität der Eisenwerke. Im Siegerland haben die meisten Betriebe fast ganz geschlossen. Die kombinierten Betriebe in Rheinland-Westfalen arbeiten alle mit umfassenden Einschränkungen, die Westfälischen Stahlwerke in Bochum liegen ganz still; schwer betroffen ist die Düffeldorfer Eisenindustrie, auch in Lothringen ist die Not groß.

Wie 1889, so suchen die gemischten Werke jetzt auch wieder Hütten- und Metallarbeiter als Streikbrecher für ihre Bergwerke zu angeln. Wie solche Versuche, die ja leider nicht ganz erfolglos sind, bei den Metallarbeitern im Allgemeinen aufgenommen werden, lehrt eine Versammlung der Arbeiter der Westfälischen Stahlwerke. Der Direktor glaubte wohl, daß unfreiwillige Feiern mache sicher zum Streikbruch geneigt. Einer Kommission der Arbeiter gegenüber hatte der Direktor den Gedanken geäußert, es würden sich eventuell wohl eine Anzahl Leute als Arbeitswillige für eine Zechen melden. Diese beledigende Zumutung wurde nach Gebühr mit großer Entrüstung zurückgewiesen.

Eine besondere Erscheinung bei diesem Streik ist die Organisation der Zechenpolizei. In nicht geringem Umfang richten sich die Beschwerden der Arbeiter gegen brutales Auftreten von Zechenbeamten. Raum war der Streik ausgebrochen, wurden die Zechenbeamten als Polizeiorgane vereidigt und bewaffnet. — Wie kaum anders zu erwarten, haben verschiedene dieser Herren sich schon arge Ausschreitungen zu schulden kommen lassen, ohne daß den Herren deswegen etwas geschieht. Merkwürdig eilig arbeitet die Justiz. Für ein Streikvergehen, begangen am 16. Januar, wurde bereits am 26. Januar das Urteil gefällt, es lautete auf einen Monat Gefängnis. Das Verdict? „Teilnahme an einem Aufruhr!“ Aber dieses Urteil ist eine Fronte auf das Geschrei in der Scharfmacherpresse über den von Streitenden ausgeübten Terrorismus. Der Verurteilte ist nämlich gar kein Streiker, sondern ein Fabrikarbeiter, der bei seinem Bruder zu Besuch war und an dem ungewohnten Anblick eines Arbeitswilligen transportes seine Neugierde befriedigte. Das wollte ein Gen darm im Interesse der — Ordnung nicht erlauben, er forderte zum Fortgehen auf. Der Mann glaubte, dem Gebot nicht folgen zu müssen und soll dafür nun einen Monat brünnen. Jetzt wird der „Verbrecher“ merken, daß wir in einem Polizeistaat leben.

Einen Erfolg hat der Streik schon zu verzeichnen, die Regierung will, wie der Telegraph heute meldet, ein Notgesetz vorlegen, durch welches verschiedene Forderungen der Bergarbeiter garantiert werden sollen. Wie das Gesetz ausseht, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Auf jeden Fall werden die Bergarbeiter im Kampfe ausharren, bis ein ihren Ansprüchen genügendes Gesetz angenommen ist, oder die Unternehmer die Forderungen anerkannt haben.

Das Erwachen der russischen Arbeiter.

In Rußland lebt man nach Gesetzen. Die darf zuerst der Zar verlegen; Es heißt Johann das Recht zu mindern Auch zu den kaiserlichen Kindern Und außerdem noch jedermann. Der die Gerechtigkeit bestreuen kann.

Als im Juli 1904 in Königsberg der sogenannte Hochverratsprozeß gegen neun Angeklagte wegen Beihilfe zum Transport von aufklärerischen Schriften nach Rußland verhandelt wurde, nahmen die Beteiligte die Gelegenheit wahr, durch den russischen Universitätsprofessor Dr. Michael von Kersner der ganzen Kulturwelt bekanntmachen zu lassen, daß Rußland ein Barbarenstaat und nicht zu den

modernen Kultur- und Rechtsstaaten zu zählen sei. Der russisch Gelehrte, den die zarische Barbarei ebenfalls aus seinem Vaterland in das Ausland vertrieben hat, konstatierte, daß es in Rußland keine Gewissensfreiheit, keine Pressefreiheit, keine Vereins- und Versammlungsfreiheit, kein Streikrecht, kein festes Recht überhaupt und auch keine unabhängigen Richter gibt. Es existiert in Rußland kein Rechts- und Geseßesleben, es gibt da nur die nackte brutale Willkür, deren Organe verkommenen Kreaturen als Richter, Gewaltmenschen als Minister, Kosaken und Polizei mit der Knute sind. In Rußland herrscht und regiert das Verbrechen, das ganze amtliche Rußland ist eine einzige Verbrecherkolonie, die bis auf den letzten Mann auf Lebenszeit ins Zuchthaus gehörte. Und ein großes Volk von 140 Millionen Menschen ist mit Gut und Blut diesem Verbrechertum auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, beständig in seiner wirtschaftlichen Existenz wie in seiner persönlichen Freiheit bedroht, da sie von jedem Polizisten vernichtet werden können.

Dieses niedergedrückte, willen- und rechtlose, dabei gutmütig und naive Volk ist durch den nunmehr ein volles Jahr währenden Krieg mit Japan in Ostasien in allen seinen Schichten aufs tiefste aufgewühlt worden. Mehr als eine halbe Million gereifter Männer, zu einem sehr großen Teile Familienerbitter, wurden aus ihren Kreisen von Frauen und Kindern, aus dem Beruf herausgerissen, um in die Mandchurie geschickt zu werden, wo das russische Volk nichts verloren und wo es auch nichts zu holen hat. Dort sind sie zu Zehntausenden auf den blutigen Schlachtfeldern als tote und Verwundete gefallen, während gleichzeitig weitere Zehntausende den Strapazen und Entbehrungen sowie allen möglichen Krankheiten zum Opfer gefallen sind. Leider ist heute noch kein Ende dieses Krieges abzusehen, der außer den unermeßlichen Menschenopfern bereits über vier Milliarden Mark an Kosten erfordert hat.

Außerdem hat der Krieg noch unheilvoll auf die ganze Wirtschaftslage eingewirkt. Allein in Rußisch-Polen haben über 800 von 2419 Fabriken den Betrieb eingestellt, wodurch 150.000 Arbeiter eritzungslos geworden sind.

Das alles ist aber den Verbrechern, die die staatliche Gewalt in Händen haben, gleichgültig. Schon vor 100 Jahren schrieb der damalige Großfürst und spätere Kaiser Alexander I. an seinen Vertrauten, den russischen Gesandten Kotshubei in Konstantinopel: „Unsere Angelegenheiten sind in ungläublicher Verwirrung; von allen Seiten wird geflohen; alle Departements werden übel verwaltet, die Ordnung scheint überall verbannt und das Reich dehnt nur immer seine Grenzen aus: nie könnte also ein einzelner ausreichen, es zu regieren oder gar die Mißbräuche abzustellen. Das ist nicht bloß einem Menschen von gewöhnlichen Fähigkeiten, wie ich, sondern selbst einem Genie unmöglich.“ So schrieb der Mann im Jahre 1796; fünf Jahre später wurde er Kaiser und war es 24 Jahre lang bis 1825, aber er ließ trotz seiner Kenntnis der Zukunft, der Korruption, des Verbrechertums der ganzen Bureaucratie alles beim alten.

Eine gewaltige Veränderung ist seitdem in Rußland trotz alledem vor sich gegangen: es hat auch hier der Kapitalismus seinen Einzug gehalten. Deutsches, belgisches, französisches, englisches, schweizerisches, amerikanisches Kapital ist in Rußland eingewandert, um sich die Bodenschätze zunutzen und die Arbeitskraft des Volkes dienstbar zu machen. So entstanden in verschiedenen Teilen des Reiches Eisen- und Maschinenindustrie, Schiffsbauindustrie, Textilindustrie, Leder- und Schuhindustrie, Holzindustrie u. s. w. und Millionen von Arbeitern werden bereits in Fabriken und Bergwerken beschäftigt. Die Hauptzentren der Industrie sind: Petersburg, Moskau, Odeffa, Baku (Petroleumindustrie), Kiew, Romno, Charkow, Warschau, Lodz (Textilindustrie) u. s. w. Hier hat sich ein großes industrielles Proletariat angehäuft, das unter elenden Arbeits- und Lohnverhältnissen arbeitet, unter elenden Ernährungs- und Wohnungsverhältnissen lebt. Vor mehreren Jahren sah sich daher die Regierung auch veranlaßt, einen gesetzlichen Arbeiterschutz zu schaffen. Aber es war eitel Gumbug. Wie kann in einem barbarischen Staate, wo jedes Gesetz durch einen Federstrich des Kaisers beseitigt oder in sein Gegenteil verkehrt werden kann, wo Polizisten, Fabrikinspektoren zur Überwachung der Arbeiter, zur Ausschmüßelung ihrer Gesinnung angestellt sind, eine Arbeiterschutzgesetzgebung gedeihen!

So griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe. Ohne erst nach dem Streikrecht zu fragen, stellten sie die Arbeit ein, um aufgestellte Forderungen durchzusetzen, wie es vor dem Jahre 1869 auch die deutlichen Arbeiter machten und machen mußten. Kosaken und Polizisten mißhandelten die streikenden Arbeiter mit der Knute, es schloß die Flinte und hieß der Säbel; kein größerer Streik, in dem nicht Blut floß, tote und Verwundete auf dem Plage blieben. Viele Hunderte Arbeiter wurden wegen Beteiligung an den Streiks nach Sibirien verbannt. Das Entgegenkommen von Unternehmern gegenüber den Arbeitern, gemachte Zugeständnisse wurden von der Polizei vereitelt und zurückgewiesen und die Arbeiter wie die Tiere zur Schlachtbank in die Fabriken und Werkstätten zurückgeführt und hier zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen.

Unentnützig und unerschrocken nahmen aber die Arbeiter immer wieder den Kampf um die Verbesserung ihrer Lage auf, weder die Knute, noch die Flinte und der Säbel, noch auch Sibirien, vermochten sie davon abzuhalten. In geheimen Druckereien hergestellte sozialdemokratische Zeitungen und Flugschriften, die in Massen unter den Arbeitern verbreitet wurden, sorgten für deren Aufklärung, geheime Organisationen für Solidarität und Disziplin.

Da änderte die Regierung ihre Taktik. Konnte sie die Entwicklung der Arbeiterbewegung mit allen ihren Genesstücken nicht verhindern, so bemühte sie sich zum, die Bewegung sich dienstbar zu machen. Der Polizeikommissar Subatom gründete auf einmal Arbeitervereine, zuerst in Moskau, dann den „Russischen Arbeiterbund“, später in Odeffa, wo es aber in der Folge zu Skrawallen kam, die den polizeilichen Arbeiterorganisator in Ungnade fallen ließen, so daß er sein raffiniertes Handwerk aufgeben mußte.

Aber seine Arbeit war nicht unsonst. Der von Subatow gegründete „Russische Arbeiterbund“ lebt noch und von diesem ging jetzt in Petersburg die große Streikbewegung aus, die 100.000 Arbeiter auf die Beine brachte. Vorausgegangen war der Streik der Petroleumarbeiter in Baku, wo Rothschild die Ausbeutung der Arbeiter bis auf Blut betreibt. Aber schon in Baku hatten sich alle Arbeiter dem Streik der Petroleumarbeiter angeschlossen, so daß es ein lokaler Generalstreik war. Die Petroleumarbeiter forderten Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, anständige Behandlung, Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, die als ganz entschuldigend geschilbert werden. Wahrscheinlich dauert der Streik der Petroleumarbeiter heute noch.

In Petersburg waren es die 12.000 Arbeiter der Putilow'schen Werke, der Newski-Schiffbauanstalt, worunter viele Metallarbeiter, die zuerst die Arbeit einstellten. Sie verlangten den Achtstundentag, Teilnahme an der Fabrikleitung (offenbar in der Form eines Arbeiterausschusses) und Lohnzahlung für die Zeit des Streiks. Etwas widerspruchsvoll sind die Meldungen, wonach die ursprüngliche Streikursache die Maßregelung von vier Arbeitern wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation war und wonach andererseits die Streikenden es ablehnten, mit den andern Arbeiterorganisationen, insbesondere mit dem „Russischen Arbeiterbund“ in Verbindung zu treten. Später wurde dann freilich gemeldet, daß die Direktion der Putilow-Werke in einem Anschlag an der Fabrik ihr „Erstaunen“ ausdrückte über die Solidarität der Arbeiter dieser Werke mit dem Verband der russischen Arbeiter, aber schließlich doch einwilligte, gemeinsam mit einer Kommission dieses Verbandes zu verhandeln. Auch Entgegenkommen in Sachen der erfolgten Maßregelungen wurde versprochen und schließlich sogar die Einführung des Neunstundentags zugesagt. In der Tat sollen daraufhin etwa 5000 Streikende die Arbeit wieder aufgenommen haben, von den Weiterstreikenden aber veranlaßt worden sein, die Arbeit neuerdings niederzulegen.

Den 12.000 Arbeitern der Putilow'schen Werke schlossen sich rasch die Arbeiter anderer Industrien und Gewerbe an, so daß schon am Samstag den 21. Januar die Gesamtzahl der Streikenden auf 100.000 angegeben wurde und man von einem lokalen Generalstreik reden konnte. In Moskau, Odessa, Charkow, Lódz, Warschau u. f. w. sind darauf ebenfalls große Streikbewegungen entstanden. Bemerkenswert ist, daß in Petersburg sämtliche Zeitungen ausblieben, weil die Buchdrucker mitstreikten und die ganze Stadt während der Nacht in Dunkel gehüllt war, weil auch die Arbeiter des Elektrizitätswerkes streikten.

Aus der Tagespresse wissen unsere Leser, daß der Hauptführer der Petersburger Arbeiter der Geistliche Gapon ist. Am Sonntag, den 22. wollte er mit 400.000 Arbeitern vor den kaiserlichen Winterpalast gehen, um dem Kaiser folgende Petition zu übergeben:

Wir Arbeiter, Bewohner Petersburgs, kommen zu Dir. Wir sind elende beschimpfte Sklaven und erstickt vom Despotismus der Willkür. Als die Grenze der Gewalt erreicht war, stellten wir die Arbeit ein. Wir baten unsere Herren, uns nur das zu geben, ohne das das Leben eine Qual ist. Aber alles wurde abgelehnt, alles ist nach der Meinung der Fabrikanten ungerecht. Hier sind wir. Viele Tausende, sowie das ganze russische Volk haben keine Menschenrechte. Durch Deine Beamten sind wir Sklaven geworden. Jeder, der es wagt, vom Schutze der Zantrefsen des Arbeiterstandes zu sprechen, wurde ins Gefängnis geworfen. Der gesamte Arbeiter- und Bauernstand wurde der Willkür überlassen. Das Beamtentum besteht aus Räubern und Dieben an den Staatsgeldern. Das Beamtentum brachte das Land in gänzliche Zerrüttung und bürdete ihm den schimpflichen Krieg auf und führte Rußland immer mehr an den Rand des Unterganges. Das Volk ist jeglicher Möglichkeit beraubt, seine Wünsche und Forderungen auszudrücken und an der Festsetzung der Besteuerung und der Staatsausgaben teilzunehmen. Alles dies widerspricht menschlichen und göttlichen Recht. Wir wollen lieber sterben, als unter solchen Gesetzen weiter zu leben. Wägen unter solchen Verhältnissen die Kapitalisten und die Beamten leben. Kaiser, hilf Deinem Volke. Vernichte die Scheidewand zwischen Dir und Deinem Volke. Aus uns spricht nicht Dreifigkeit, sondern der Wunsch, aus einer für uns unerträglichen Lage herauszukommen.

Eine Volksvertretung ist unentbehrlich. Es ist notwendig, daß das Volk selbst mitregiert. Befehl, daß Vertreter aller Stände und Klassen, aus der Arbeiter, heraus werden. Dies ist unsere Hauptbitte. Wir haben aber noch andere.

Die Petition zählt dann diese Wünsche auf, die sich hauptsächlich auf die verwerfungslose Lage der Arbeiter beziehen, und schließt: „Befehl die Erfüllung unserer Bitten und Du machst Rußland glücklich. Wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: Freiheit, Glück oder Grab. Wir bringen gerne unser Leben Rußland zum Opfer dar.“

Gapon und die Arbeiter kamen, wie unsere Leser ebenfalls aus der Tagespresse wissen, nicht vor den Kaiser. Seine Genferknechte verhinderten es, indem sie tausende harmlose Menschen, darunter Frauen und Kinder, niederschossen und so unter der ungeheuren Menschenmenge ein fürchterliches Blutbad anrichteten, um dadurch die ganze Volksregung zu unterdrücken. Dieser verbrüderliche Mord ist aber nicht gegliedert und er wird nicht glücken. Das Morgenrot der Freiheit des russischen Volkes, die bereits die fürchterliche Blutlauge empfangen, sieht herauf und es wird nur der Sonne der Freiheit, die es anblüht, weichen.

Die Arbeitslosenunterstützung in Belgien.

Die belgische Gewerkschaftskommission hat dem letzten belgischen Gewerkschaftsbericht einen Bericht über die Arbeitslosenunterstützung vorgelegt, der in mancher Hinsicht interessantes bietet. Zum ersten gibt er eine kurze Übersicht über den Stand dieser Sache in Belgien und fügt dann die Statistiken der kommunal-gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung der Stadt Gent an. In dieser Stadt ist ein System geschaffen worden, das den Forderungen der Arbeiterschaft weit entgegenkommt und in der Weise, daß die Gewerkschaften dadurch gefördert und propagiert werden, und besonders den Arbeitslosen eine Hilfe in der schwierigsten Zeit bietet, wobei sorglich der Schein der Almosengeberei vermieden wird. Diese Einrichtung in der Stadt Gent erfüllt im Prinzip und, soweit was bekannt, auch in der Ausführung die Wünsche der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Im feinen einleitenden Sätzen spricht der Bericht von dem, was in anderen Ländern von der öffentlichen Macht für die Arbeitslosen getan wurde und wird, und führt dann fort: Die Frage der Arbeitslosenunterstützung wurde in anderen Ländern schon aufgeworfen und diskutiert, noch bevor sie die Mandatäre der beratenden Körperschaften Belgiens beschäftigte.

Über die Frage, die der Vorstand des Bezirks für Arbeiterwohnungen (Comité de patronage des Habitacions Ouvrières) in Brüssel im Jahre 1893 unterwarf, sei nichts gesagt. Dies war eine simple Unternehmung ohne jede Folgen. Seitdem aber sind Fortschritte zu machen.

In einem inaktiven Arbeitslosenrat (mit Subvention von der Gemeinde) zur fast vollständigen Organisation der Arbeiterorganisationen. Gegenwärtig ist man dort tätig, Verbesserungen zu erreichen. Die Syndikate verlangen, daß ihre Mitglieder die von den Syndikatskassen, auch von der kommunalen Fonds während fünfzig Tagen unterstützt werden. Auch in anderen Städten sind

Anfänge gemacht. Anstatt aber das System der Stadt Gent anzunehmen, streitet und redet man in Länge und Breite, sucht Schwierigkeiten aufzutürmen, nur um nicht zu Ende kommen zu müssen. Ungeduld so macht man es in dem interkommunalen Komitee für Brüssel (und Umgebungsgemeinden). Da hat man in das Statut einen Artikel aufgenommen, der die Arbeiterschaft herausfordern muß. Er lautet: Der Arbeitslose, der eine angebotene Stelle anzunehmen sich weigert, verliert die Unterstützung. Es wäre nötig gewesen, hündig zu erklären, was man mit dieser Bestimmung beabsichtigt, ob man den Unternehmern damit Handlangerdienste leisten will. Die Arbeitervertreter in den kommunalen Körperschaften haben sich gegen solche Satzungen zu wenden. Da, wo man zu keinem Ende kommen kann, möge man das Statut der Arbeitslosenkasse der Stadt Gent annehmen.

Wir geben die wichtigsten Sätze dieses Statuts wieder, es kann auch den deutschen Kollegen im gegebenen Falle nützlich sein.

1. In der Stadt Gent ist ein spezieller Fonds geschaffen, der bestimmt ist, die Vericherung gegen Arbeitslosigkeit zu begünstigen. Er erhält von der Kommunalverwaltung drei Jahressubventionen. Sie wurden jedesmal am 1. Januar 1901, 1902 und 1903 gegeben. Die Stadt betreibt die Kosten der Verwaltung dieses Fonds.

2. Der Fonds wird von einem Komitee von zehn Mitgliedern verwaltert, die von der Stadtverwaltung delegiert werden. Unter diesen Delegierten sollen fünf Mitglieder der Gewerkschaften sein, die beschlossenen haben, an dem Fonds teilzunehmen. Der Bürgermeister oder ein von ihm delegierter Schöffe hat das Recht, den Vorsitz bei den Komiteesitzungen zu führen. In diesem Falle hat er bei Stimmengleichheit entscheidendes Veto.

3. Der Fonds kann Einkünften, Sammlungen und Festüberschüsse annehmen. Er wird ausschließlich dazu verwendet, den Arbeitern zu helfen, um ausreichende Arbeitslosenunterstützung zu erwerben.

4. Zu diesem Zwecke interveniert der Fonds auf zwei Arten: indem er die von den Gewerkschaften an ihre arbeitslosen Mitglieder gewährten Unterstühtungen erhöht und, indem er die Wirksamkeit spezieller Ersparnisse für Arbeitslosigkeit verstärkt.

5. Der Fonds erhöht die Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften durch eine Subvention von gleicher Höhe. Für ein Mitglied kann pro Jahr für Arbeitslosenunterstützung niemals mehr als 50 Tage und nicht mehr als 1 Fr. pro Tag in Rechnung gestellt werden. (Demnach kann ein arbeitsloses Gewerkschaftsmitglied jährlich eine kommunale Beihilfe von höchstens 50 Fr. zu den Unterstühtungen seiner Gewerkschaft erhalten. Natürlich bleibt den Gewerkschaften unbenommen, die Höhe ihrer Unterstühtungen an ihre Mitglieder festzusetzen, nur kommen für die Gemeinde subvention eben nur 50 Fr. pro Jahr in Betracht.)

6. Die Gewerkschaft oder Person, die die Satzungen dieses Statuts über den Anordnungen des Komitees zu folgen sich weigert, verliert für die Dauer der Weigerung das Anrecht auf die Subvention.

7. Die Arbeiter und Angestellten, die nicht Mitglieder eines am Fonds teilnehmenden Syndikats sind, können einer Sparkasse beitreten, die speziell für eventuelle Arbeitslosigkeit geschaffen worden ist.

8. Sie können die Zurückzahlung einer Summe von 50 Fr. (pro Jahr) im Maximum bewirken. Aber sie können diese Ersparnisse mit der Erhöhung aus dem Fonds nur zurückziehen im Falle erklärter Arbeitslosigkeit und in der Höhe bis zu 6 Fr. pro Woche. (Demnach bekommt ein Teilnehmer an dieser „Arbeitslosensparkasse“ in einem Jahre im Maximum achtmal wöchentlich (höchstens) 12 Fr., 6 Fr. von seiner Einlage und 6 Fr. Gemeinbesuchung.)

9. Der Arbeitslose, der eine ihm vom Komitee zugewiesene Stelle anzunehmen sich weigert, wird von der Teilnahme an den Subventionen ausgeschlossen. Streiks, Ausperrungen und ihre Folgen, Krankheit und physische Arbeitsunfähigkeit berechtigen nicht zu einer Unterstühtung aus dem Fonds.

10. Die Gewerkschaften, die wünschen, daß ihre Mitglieder an den Subventionen dieses Fonds teilnehmen, haben allmonatlich die Zahl und die Höhe der bezahlten Unterstühtungen, alljährlich die Bilanz ihrer Geschäftsbuchführung und auch ihre Statuten und ihre Geschäftsordnung mitzuteilen.

11. Das Komitee ernannt einen Kontrollleur, der die Mitteilungen von den Gewerkschaften zu kontrollieren hat. Der Kontrollleur hat das Recht, in die Bücher der an dem Fonds teilnehmenden Gewerkschaften, die sich auf die Arbeitslosenversicherung beziehen, Einsicht zu nehmen und die so gewonnenen Auskünfte dem Komitee mitzuteilen. Alle Mitglieder des Komitees sind ehrenwörtlich zur Diskretion verpflichtet.

12. Der Fonds und das Komitee sind aufgelöst, sobald keinerlei Einnahmen mehr vorhanden sind.

13. Das Komitee veröffentlicht jedes Jahr einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit und über den Stand der Arbeitslosenversicherung der Stadt Gent. — Daß die Arbeiter oder besser die Gewerkschaften mit diesem System im allgemeinen zufrieden sind, wurde schon gesagt. Auch von der Kommunalverwaltung ist, so weit wir wissen, darüber nur lobenswerthes bemerkt worden. Die Revue du Travail, das offizielle Organ des belgischen Arbeitsministeriums, widmet der Genter Einrichtung Worte der Anerkennung. Sie wird den Gewerkschaften und deren Vertrauensmännern gerecht in einer Weise, wie man es sonst selten von offizieller Seite gewohnt ist. Da wird der Arbeit und strengen Ehrlichkeit der organisierten Arbeiter ein ehrenvolles Zeugnis ausgestellt. Auch manchen um die kommunalen Finanzen besorgten Angenheiten löst das offizielle Organ Zeit und Mut ein. Gegen Einwände, daß bei Einführung einer kommunalen oder von der Gemeinde unterstützten oder unter der Kontrolle der Gewerkschaften stehenden Arbeitslosenversicherung die Gemeindefinanz in die Taschen der Agitatoren verschwinden oder ungerecht verteilt würden, bilden die Auslassungen der Revue du Travail ein gutes Argument. Sie sagt eingangs über die neben der Arbeitslosenversicherung auch geschaffene Arbeitslosigkeitsparasse: „Nützlich der Zurücklegung eines Spargroschens für allfällige Arbeitslosigkeit stellen sich Schwierigkeiten ein, aber die ungenügende Teilnahme an dieser Einrichtung ertrabte nicht, die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen zu beurteilen. Aber was die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrifft, von welcher die Arbeitslosigkeit von 4919 Arbeitern in wiederholten Fällen kontrolliert werden mußte, glaubt der Vorstand die Kontrolle wirksam genug. Bis jetzt scheint die gegenseitige Kontrolle die wirksamste vor allen gepriesenen Mitteln. Daß sie ordentlich gehandhabt wird, dafür bürgt uns das urreichste Zeugnis des Sanitätsrats. Der Arbeitslose, der an dem Fonds teilnehmen will, muß erst in genügender Weise die Finanzen der Assoziation in Anspruch genommen haben. Diese Kasse bildet eine Schutzmauer — die durch direkte Subvention an die Syndikate nicht geschaffen werden kann — hinter welcher der Fonds sich einer fast absoluten Sicherheit erfreut. Um den Fonds zu beunruhigen, hätte es wahrhaftiger Schwandelen, Fälschungen oder Vertrauensmißbräuche bedürft, also schwerer Delikte, die eminent selten sind bei den Leuten, denen in Belgien die ehrenwerten Posten eines Kassierers oder Sekretärs anvertrauen.“

Über die moralischen Resultate sagt das offizielle Organ: Bei der Gründung des Arbeitslosenfonds hatte der Genter Gemeinderat weniger im Auge, die Verteilung solcher Gaben oder Unterstühtungen unter einer neuen Form, als die Ermöglichung zur Vorbeuge für allfällige Arbeitslosigkeit. Man wollte die Arbeiter anspornen, sich dagegen zu versichern. Ist dies eingetroffen? Besonders seitdem von der Gründung dieses Fonds gesprochen wurde, hat die Arbeitslosenunterstützung eine gewaltige Entwidlung erfahren. Und dies bezuzagen, daß es gegenwärtig auf dem Kontinent wohl keine Stadt gibt, wo dieser Unterstühtungsweize mit einer solchen Intensität ausgeübt ist als in Gent. Im Jahre 1890, also vor der Entstehung der Assoziation, wurde von den Syndikaten kaum 15000 Fr. für Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Im Jahre 1900, als die Resultate und Schicksalsergebnisse der Assoziation bekannt waren und die Gewerkschaften sich vorbereiteten, die gesamten Subventionen aus dem Fonds ihren Mitgliedern zugänglich zu machen, stieg die für die Arbeitslosigkeit ausgegebene Summe auf 20000 Fr. Während der fünf letzten Monate des Jahres 1901 — die ersten Monate der Funktion des Fonds — operierten die Syndikate für den gleichen Zweck 17875 Fr. und erhielten 6235 Fr. Erhöhung aus dem

Fonds. Im ganzen wurden 1901 50000 Fr. Arbeitslosenunterstützung bezahlt. Im Jahre 1902 zahlten die Gewerkschaften 41210 Fr. und erhielten dazu aus dem Fonds 16171 Fr., also zusammen 57381 Fr. Und diese Ziffern werden für 1903 noch eine weitere Steigerung erfahren.

Diese günstigen Resultate haben das Komitee des Fonds für Arbeitslosenunterstützung bestimmt, einmütig zu verlangen, daß das begonnene Experiment fortgesetzt wird, „eben sowohl in Anbetracht der Dienste, die dieses Werk der Genter Arbeiterklasse bringt, indem ihr in der Not geholfen wird, ohne ihre Dignität zu verletzen, als auch in Anbetracht der Notwendigkeit, die Propaganda eines Beispiels zugunsten eines der Arbeiterklasse nützlichen Wertes fortzusetzen.“

Chagrin.

Die Berufsgenossenschaften im Jahre 1903.

Dem Reichstag ist kürzlich die vom Reichsversicherungsamt nach § 111 des Gewerbeunfallversicherungsgeleses angefertigte Nachweisung der gesamten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1903 zugegangen. Diefelbe bezieht sich auf die neunzehnte Rechnungsperiode seit dem Bestehen der reichsgesetzlichen Unfallversicherung und erstreckt sich auf 114 Berufsgenossenschaften (86 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche), auf 487 Aufsichtungsbehörden (198 staatliche und 289 kommunale) und 14 Versicherungsanstalten. Die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen stellt sich bei den Berufsgenossenschaften zusammen auf 18 655 535. Hierzu kommen für die 487 Aufsichtungsbehörden 809 867 Versicherte, so daß im Jahre 1903 19 465 422 Personen gegen die Folgen von Betriebsunfällen versichert gewesen sind.

Die Zahl der im Berichtsjahr vorgekommenen Unfälle ist sehr hoch, es sind davon 530 507 zur Anmeldung gelangt. Der Bericht bemerkt dazu, daß diese Zahl hinter der Wirklichkeit zurückbleibe, weil ein Teil der Unfälle trotz der gesetzlich vorgeschriebenen Meldepflicht nicht zur Anmeldung gelangt sei.

Von den 530 507 Unfällen sind 129 375 entschädigungspflichtig geworden. Von den Verletzten werden 1398 zeitweilige völlige Krüppel bleiben und 2370 weilen überhaupt nicht mehr unter den Lebenden. 6077 Frauen und 12 152 Kinder wurden ihres Ernährers beraubt. Insgesamt sind von den im Jahre 1903 Getöteten 18 587 Hinterbliebene vorhanden.

Die Gefährlichkeit der Betriebe in den einzelnen Gewerbegruppen wird durch eine der amtlichen Nachweisung vorangestellte Übersicht über verletzte Personen und Unfälle illustriert.

	1000 durchschnittlich versicherte Personen	1000 Arbeiter
Bergbau	14,59	14,59
Eisen- und Stahl	10,26	10,53
Metall, Feinmechanik, Musikinstrumente	5,35	5,80
Gas- und Wasserwerke	6,96	6,96
Holz	11,22	12,41
Müllerei, Brauerei, Mälzerei u. f. w.	10,85	11,79
Baumwesen	8,42	11,90
Expedition, Lagererei, Fuhrwesen	10,27	16,55
Im Durchschnitt bei der Gewerbe-, Bau- und Seeunfallversicherung	8,04	9,12

Zu beachten bleibt hierbei, daß nur die entschädigungspflichtigen (also schweren) Unfälle gezählt sind.

Als Gesamtausgaben werden von den gewerblichen Berufsgenossenschaften 107 961 825,11 Mk. (gegen 98 529 508 Mk. in 1902) und von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 32 295 076,52 Mk. (29 489 578 Mk.), zusammen 140 256 900,63 Mk. nachgewiesen. Hieraus entfallen 106 013 330,36 Mk. auf Entschädigungsbeiträge. Als Kosten der Fürsorge innerhalb der gesetzlichen Wartzeit, für die Unfalluntersuchungen und Feststellung der Entschädigungen, für den Rechtsgang (Schiedsgerichte u. f. w.) und für die Unfallverhütung wurden zusammen 6 947 411,08 Mk. bezahlt. In die Reservefonds sind für das Jahr 1903 15 502 947 Mk. eingelegt worden. Insgesamt betragen die Bestände der bis zum Schlusse des Rechnungsjahrs angeammelten Reservefonds der Berufsgenossenschaften 179 922 591,78 Mk.

Betrachten wir uns nun die für die Metallindustrie in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften etwas genauer. Für die Gewerbegruppen „Eisen und Stahl“, „Metall, Feinmechanik und Musikinstrumente“ sowie „Gas- und Wasserwerke“ sind 14 Berufsgenossenschaften vorhanden gewesen, die im Jahre 1903 in 113 234 Betrieben durchschnittlich 1 405 987 „Vollarbeiter“ umfaßten, während die Zahl der „versicherten Personen“ 1 522 682 betrug. Die Betriebe, versicherten Personen und Vollarbeiter verteilen sich auf die einzelnen Berufsgenossenschaften wie folgt:

Berufsgenossenschaft	Betriebe	Versicherte Personen			Vollarbeiter
		Unternehmer und andere	Arbeiter	Gesamt	
Feinmechanik	4594	68	150 108	150 176	150 176
Süddeutsche Eisen- u. Stahl	11312	901	165 048	165 949	156841
Südwestdeutsche Eisen- u. Stahl	644	2	60 897	60 899	62947
Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerke	228	—	131 061	131 001	133724
Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie	7097	1184	167 660	168 844	168844
Sächsisch-Thür. Eisen- u. Stahl	5608	127	119 365	119 492	116886
Norddeutsche Eisen- u. Stahl	4216	82	91 109	91 201	90709
Schleifische Eisen- u. Stahl	1972	99	93 767	93 866	90462
Nordwestdeutsche Eisen- u. Stahl	5726	—	126 631	126 631	111045
Südd. Edel- u. Unedelmetall	2126	105	61 496	61 601	61 601
Norddeutsche Metall	3088	614	111 258	111 872	97963
Musikinstrumentenindustrie	1078	34	40 414	40 448	26021
Gas- u. Wasserwerke	1932	241	54 051	54 292	54292
Schmiede	63 612	63 359	84 011	146 370	144 476
Zusammen	113 234	64 822	1 455 866	1 522 682	1 465 987

In der Nachweisung werden auch die Lohnbeträge der versicherten Personen aufgeführt, leider lassen sich diese jedoch für eine Lohnstatistik nicht verwenden, da in den Ziffern eine ganze Anzahl Fehlerquellen enthalten sind. Innerhalb geben sie einen ungefähren Aufschluß über die Durchschnittslöhne, wie sie in den Betrieben, die die Berufsgenossenschaften umfassen, bezahlt werden. Der durchschnittlich bezahlte Lohn beträgt bei der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik 1063 Mk., bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft 960 Mk., bei der Südwestdeutschen Eisen-Berufsgenossenschaft 1064 Mk., bei der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerke-Berufsgenossenschaft 1301 Mk., bei der Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-Berufsgenossenschaft 1099 Mk., bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft 969 Mk., bei der Norddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft 973 Mk., bei der Schleifischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft 849 Mk., bei der Nordwestdeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft 1150 Mk., bei der Süddeutschen Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft 855 Mk., bei der Norddeutschen Metall-Berufsgenossenschaft 1001 Mk., bei der Musikinstrumentenindustrie-Berufsgenossenschaft 1125 Mk., bei der Gas- und Wasserwerke-Berufsgenossenschaft 1073 Mk. und bei der Schmiede-Berufsgenossenschaft 763 Mk.

Daß die Metallindustrie ein großes Kontingent Unfallverlehter stellt, ist bekannt. So sind denn auch im Jahre 1903 bei den von uns aufgeführten Berufsgenossenschaften 102 699 Unfallangelegenheiten erfaßt worden, von denen 13 654 entschädigt werden mußten. 625 Personen fanden den Tod, 157 erlitten dauernd völlige und 7602 teilweise völlige Erwerbsunfähigkeit, 5270 vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Als Hinterbliebene der Getöteten sind 416 Witwen und 667 Kinder vorhanden.

In welcher Weise sich die Unfälle auf die einzelnen Berufs-

Table with columns: Berufsgenossenschaft, Verletzte Personen (Erwachsene, Jugendliche), and Unfälle (Todesfälle, Verletzte). Rows include Feinmechanik, Eisen- u. Stahl, etc.

An Entschädigungen sind von den 14 Berufsgenossenschaften im Jahre 1903 bezahlt worden: Für Erwerbsunfähigkeit (Kosten des Heilverfahrens, Renten an Verletzte u. s. w.) 1375859,59 Mk.; an Sterbegeld, Renten an Witwen, Kinder und Enkel Getöteter u. s. w. 2108982,92 Mk. 657 Personen (Inländer) sind mit 215123,45 Mk. abgefunden worden, so daß auf eine Person durchschnittlich 328 Mk. entfallen, für welche Summe alle Ansprüche und Rechte an die Berufs-

genossenschaft verloren gegangen sind. 40 Ausländer, die gerne wieder in ihre Heimat zurückkehren wollten oder mit ihren verkrüppelten Knochen und der fargen Rente in Deutschland nicht durchkamen, sind mit 26192 Mk. abgefunden worden, so daß auf eine Person durchschnittlich 654,80 Mk. entfallen. Für Behandlung in Heil- und Pflanzanstalten haben die 14 Berufsgenossenschaften 779771,52 Mk. verausgabt.

Wie wenig soziales Verständnis die Berufsgenossenschaften besitzen, zeigt deutlich die verausgabte Summe für die „Fürsorge der Verletzten innerhalb der gesetzlichen Wartezeit“. Nach § 76c des Krankenversicherungsgesetzes sind die Berufsgenossenschaften berechtigt, in Erkrankungsfällen, die durch Unfall herbeigeführt werden, das Heilverfahren auf ihre Kosten zu übernehmen. Hierfür hat nun zum Beispiel die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik 5500 Mk. aufgewendet, die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie dagegen keinen Pfennig, die Süddeutsche Edelm- und Unedelmetallindustrie ganze 61,63 Mk., die Süddeutsche Eisenberufsgenossenschaft 212,47 Mk., die Rheinisch-Westfälische Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft 519,81 Mk. u. s. w. Insgesamt sind von allen 14 Berufsgenossenschaften 46469,87 Mk. für diesen Zweck verausgabt worden.

Die Überwachung der Betriebe durch die Berufsgenossenschaften im Interesse der Unfallverhütung ist immer noch sehr mangelhaft. Wohl sind von den Berufsgenossenschaften der Eisen- und Metallindustrie jetzt insgesamt 83 technische Aufsichtsbereame angestellt, von diesen fungieren aber 20 zugleich auch als Rechnungsbereame, so daß ein großer Teil ihrer Arbeitskraft absorbiert wird. Im Durchschnitt entfällt auf 9431 Betriebe ein Aufsichtsbereame. Tausende von Betrieben sind aber überhaupt nicht revidiert worden und von einem großen Teile der Revisionen wird man ohne weiteres sagen können, daß „eine Krabe der anderen kein Auge aussticht“. Die Aufwendungen verschiedener Berufsgenossenschaften für die Revisionen der Betriebe sind so lächerlich gering, daß sie gar nicht in Frage kommen. Die Schleifische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft mit 1972 Betrieben und 93856 Arbeitern hatte ganze 30,50 Mk. für die Betriebsüberwachung übrig, die Schmiedeberufsgenossenschaft hat im Jahre 1903 für diesen Zweck überhaupt nichts aufgewendet. Die Gesamtausgaben aller Berufsgenossenschaften für Überwachung der Betriebe betragen 138099,43 Mk., die Ausgaben für die Unfallverhütung überhaupt betragen 146491,97 Mk. Da insgesamt 113234 Betriebe vorhanden sind, so entfällt auf einen Betrieb durchschnittlich 1,29 Mk. Daß damit keine wirksame Überwachung der Betriebe zu erzielen ist, bedarf keines weiteren Nachweises.

Zum Schluß seien noch die laufenden Verwaltungsausgaben erwähnt, die zugleich zu einem Vergleich zwischen den Ausgaben für die Verletzten, die Unfallverhütung u. s. w. anweisen. Unter den laufenden Verwaltungsausgaben werden die Gehälter, Reisekosten und Tagelöhner der Beamten, Vergütung, Reisekosten u. s. w. der Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes und der Delegierten zu den Genossenschafts- und Sektionsversammlungen verstanden. Diese Verwaltungsausgaben betragen bei den 14 aufgeführten Berufsgenossenschaften 151131,38 Mk. Eine Verhältnißberechnung ergibt an laufenden Verwaltungskosten durchschnittlich im Jahre 1903 folgenden:

Table with columns: Berufsgenossenschaft, Auf einen Verletzten, Auf einen Vollarbeiter, Auf einen Betrieb, Auf einen Unfall. Rows include Feinmechanik, Eisen- u. Stahl, etc.

Man vergleiche damit die Ausgaben für Unfallverhütung, bei welchen auf einen Verletzten durchschnittlich — jage und schreibe — 9 1/2 Pf. entfallen. Wir unterlassen es, ein Urteil darüber zu fällen, inwiefern die Aufwendungen für die Verwaltungskosten angewandene sind, bei passender Gelegenheit kann aber den Herren Direktoren, Kommerzienräten und anderen „hohen“ Herren, die ja meist den Vorstand der Berufsgenossenschaft bilden und auf deren Reisekosten und Diäten ein gut Teil der Verwaltungskosten entfällt, unter die Nase gerieben werden, daß sie nichts umsonst tun und daß sie das Angenehme solcher Ehrenstellen sehr gut mit dem Nützlichen zu verbinden wissen.

Die Entwicklung der Kölner Metallindustrie und ihre Arbeiter.

„Köln ein Krön hoven allen Staidten schoin.“ (Köln eine Krone über allen Städten schon.) Diesen alten ehrwürdigen Spruch findet man über dem Kölner Wappen mit vergoldeten Lettern. In der Tat mag dieser Spruch in vergangener Zeit anwendbar gewesen sein, aber leider paßt er nicht mehr auf die heutigen Verhältnisse. Köln ist von altersher als Handelsstadt berühmt und bekannt. Vermöge seiner günstigen Lage an der Wasserstraße des Rheins hat es seinen Charakter als Handelsstadt auch bis auf den heutigen Tag behauptet. Mitte der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hielt aber die Industrie ihren Einzug. Es waren in erster Linie die Webereien und Spinnereien, die dazu übergingen, sich der

modernen Industrie anzupassen. Die eigentliche Weberei ist aus Köln zwar vollständig verdrängt worden. In dem von Handbetrieb zur modernen Großindustrie übergegangenen Unternehmen gehört als erstes und größtes die heutige Weltfirma Felten & Gullenau mit ihrem Karlsruher Werk. Aus ganz kleinen Anfängen hervorgegangen, haben die Firmeninhaber es verstanden, sich mit ihren Kabelleistungen in einem kurzen Zeitraum auf dem Weltmarkt die erste Stelle zu erobern. Bis Mitte der fünfziger Jahre beschäftigte die Firma nur einige Handspinner mit der Herstellung von Hanffäden auf den damals noch bestehenden Festungswällen. Sie legte dann den Grundstein zu dem jetzigen Karlsruher Werk, in dem 3000 Arbeiter, zum weitaus größten Teil Metallarbeiter, beschäftigt sind.

Es tauchten nach und nach verschiedene kleinere Maschinenfabriken auf. Zu erwähnen sind zunächst die Firmen Queller und Raden, die heute zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken sind. Bis Ende der achtziger Jahre hatten sie das Feld beherrscht und zwar erstere Firma durch den Bau von Tabakarbeiters- und Werkzeugmaschinen, durch die sie sich einen bedeutenden Ruf erworben hatte. Sie sind deshalb zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, weil sie zu sehr an „Traditionen“ festhielten. Die älteste Firma — und auch das eigentliche Schmerzenskind der Kölner Metallindustrie — ist die Südrheinische Maschinenbau-Aktiengesellschaft Wagenthal. Im Jahre 1850 durch Herrn Gottfried Hagen ins Leben gerufen (der Herr wurde, nachdem er seine Fabrik in ein Aktienunternehmen umgewandelt hatte, Häuser- und Grundstückspekulant), beschäftigt jetzt circa 1300 Arbeiter. Sie baut Gasmaschinen, größere und kleinere Dampfmaschinen, Dampfhebel- und Eisenkonstruktionen u. s. w. Einst mit tonangebend in der Maschinenfabrikation (aus ihr sind früher eine Reihe hervorragender Ingenieure in die Welt gegangen), arbeitet sie jetzt schon verschiedene Jahre mit Verlusten, so daß man sich auf der letzten Generalversammlung der Aktionäre mit allerhand Plänen wegen des Fortbestehens der Firma befaßt hat. In den letzten Jahren soll dieses Werk keinen größeren Auftrag mehr ausgeführt haben, bei dem es nicht Tausende von Mark zugehört hätte. So in der letzten Zeit wieder an der Spitze neu erbauten Gasanstalt und der Dachkonstruktion der neuen großen Kölner Markthalle. Es ist kaum glaublich, daß an einer derartigen Arbeit Geld zugehört werden konnte, da die Stadt die Arbeit nicht an den Windelsofordernern vergeben hat. Die Ursachen des Rückganges des Werkes liegen darin, daß es mit dem Fortschritt der Technik nicht Schritt gehalten hat, unter dem zahlreichen Beamtenthum und unter den Arbeitern pulsiert kein richtiges Leben, man hält an den alten Gebräuchen fest.

Im Jahre 1867 trat der Nichteigentümer M. O. mit seinem neu erfundenen Gasmotor an die Öffentlichkeit. Er erzielte in demselben Jahre auf der Pariser Weltausstellung einen bedeutenden Erfolg, indem ihm die goldene Medaille zuerkannt wurde. Im Verein mit dem Ingenieur Eugen Langen — nebenbei bemerkt dem eigentlichen Geldmann — gründete er die jetzt noch bestehende Gasmotorenfabrik Deutz, die erste Fabrik der Welt auf diesem Gebiet. Die Firma errang sich in sehr kurzer Zeit die Achtung der ganzen Industrie durch ihre ausgezeichneten Motoren, die auch heute noch als die besten gelten sowohl in bezug auf ihre saubere Ausführung als ihre Leistung. Im Jahre 1870 beschäftigte die Firma 73 Arbeiter und Beamte, heute über 2000 Arbeiter. Die Zahl der nach allen Weltteilen geflochtenen Motoren wird 50000 überschritten haben. Die Leistungsfähigkeit der Motoren wird mit jedem Jahre höher gesetzt. Nachdem man dazu übergegangen war, die ausströmenden Gase der Hochlösen zu sammeln, konnte man auch dazu übergehen, Motoren mit größerer Leistungsfähigkeit zu bauen. Als man vor zwei Jahren einen Motor mit tausend Pferdekraften erzeugte, erregte das allgemeine Aufsehen, selbst in Fachkreisen, jetzt hat man diese Leistung schon weit überholt, es ist ein Motor fertiggestellt mit zweitausend Pferdekraften. Die Firma ist „international“, sie besitzt im Ausland mehrere größere Fabriken so in Wien, Paris, Mailand und Philadelphia. (Die Zahl der dort beschäftigten Arbeiter ist mir nicht bekannt.)

Ende der sechziger Jahre stand auf dem jetzigen Terrain der Aktiengesellschaft Humboldt eine unscheinbare Bretterhütte, in der ein Herr Siepen eine kleine „Maschinenfabrik“ betrieb. In den sogenannten Gründerjahren wurde dieser Betrieb, nachdem man eingesehen hatte, daß auf dem Gebiet des Maschinenbaus Geld zu holen sei, in die Aktiengesellschaft Humboldt umgewandelt, bei der heute an 1800 Arbeiter mit dem Bau von großen und kleinen Dampfmaschinen und Lokomotiven beschäftigt sind. Dieser Gründung folgte die Firma Dreuer & Schuhmacher, die sich hauptsächlich mit der Fabrikation von hydraulischen Pressen befaßt; deren Erzeugnisse besitzen ebenfalls Weltruf, sie beschäftigen jetzt 500 Arbeiter. — Mit der Herstellung von Trieb- und gelochten Blechen beschäftigt die Firma Mayer & Co. 250 Arbeiter. — Die Waggonfabriken sind mit zwei größeren Werken vertreten. Die Firmen van der Zypen und Charlier, Genossenschaft mit beschränkter Haftung, beschäftigen 1900 Arbeiter. Nebenbei unterhalten die Gebrüder van der Zypen ein Stahlradwerk zur Herstellung von Eisenbahnwaggonrädern, in dem 1200 Arbeiter beschäftigt sind. Die Gebrüder Waggonfabrik, Aktiengesellschaft, vormals Herbrand & Co., beschäftigt 925 Arbeiter. In der verflochtenen Hochkonjunktur hatte diese Firma noch eine zweite Fabrik mit großem Kostenaufwand in unmittelbarer Nähe der alten erbaut, in der vorzugsweise nur Eisenbahngüterwagen hergestellt werden sollten. Dieser Fabrik hat kein glücklicher Stern geleuchtet, sie ist nicht sehr lange in Betrieb gewesen, bald trat die Krise ein, die das Werk vollständig brach legte.

Zu Fahrradbau sind ebenfalls zwei Firmen tätig. Dazu kommen verschiedene kleinere Firmen, die nur einzelne Fahrradteile anfertigen. Von den Fahrradwerken ist das Lindenthaler Metallwerk das größere, es beschäftigt 500 Arbeiter, seit zwei Jahren werden daselbst auch Motorräder gebaut. Mit diesem Werke hat man schon alle möglichen Versuche gemacht, um es „rentabler“ zu machen. Ein großes Risiko hat das Werk mit der Fabrikation von eisernen Möbeln gemacht. Als die Lager davon überfüllt waren, hat man diese Fabrikation eingestellt. Trotzdem im vergangenen Jahre größere Aufträge in Fahrrädern vorhanden waren, ist doch eine Unterbilanz zu verzeichnen gewesen, die aber von der Möbel-fabrikation herrührt. Sonst ist im Fahrradbau ein zufriedenstellendes Resultat zu verzeichnen, es sind auch für dieses Jahr genügend Aufträge vorhanden, so daß das Werk mit Überhand arbeiten muß. Mit der Fahrradindustrie hat es jetzt die gleiche Bewandnis wie früherzeit mit der Nähmaschinenindustrie. Durch die schamlose Konkurrenz der einzelnen Firmen wird die Lebenshaltung der Arbeiter dieser Industrie immer mehr heruntergedrückt.

Von der elektrischen Industrie ist als das größte Werk der „Helios“ zu erwähnen. Im Jahre 1881 errichtete der Ingenieur Berghausen in dem verlassenen Ausstellungsgebäude für landwirtschaftliche Maschinen eine kleine Licht- und Telegraphenbauanstalt, in kurzer Zeit schon genügte das Terrain nicht mehr. Wie bekannt, setzte die elektrische Industrie anfangs der achtziger Jahre mit aller Gewalt ein, durch die Entwürfe dieses Herrn Berghausen stütz gemacht, glaubten verschiedene Freier und Bankiers, Köln müsse auch ein größeres Werk zum Bau von elektrischen Anlagen besitzen. Um allen Anforderungen gerecht werden zu können, mußten umliegende Grundstücke erworben werden; um dazu Kapitalien flüssig machen zu können, gründete man die Aktiengesellschaft Helios, deren Hauptaktionäre die Freier von Oppenheim und Bankier Elshacher waren. Die burschen, unzulänglichen Arbeitsräume des alten Ausstellungsgebäudes entzogen aber den Anforderungen nicht mehr, es mußte im Jahre 1895 ein moderner Neubau errichtet werden. In dem mit dem besten Werkzeug und den besten Bearbeitungsmaschinen der Neuesten ausgestatteten Establishment sind jetzt 1300 Arbeiter und Beamte beschäftigt. Traurige Zeiten hat dieses Werk in der Krise durchgemacht, die Zahl der Arbeiter sank bis unter 200, man war sogar gezwungen, die Herstellung einzelner Fahrradteile von Fahrradfabriken zu billigen Preisen zu übernehmen, um nicht den Betrieb der Dreherei ganz einstellen zu müssen. Seit der Zeit hat das Werk sich nicht mehr zentriert, wie vor kurzem in dem Prozeß am Kölner Oberlandesgericht sich deutlich ergeben hat. Der Prozeß hat bewiesen, daß das ganze Unternehmen bis auf die Knochen forumpiert ist. Wie dort mit dem Gelde gespielt worden ist, bei und nach der größeren Umwandlung, ist jedem Beschreiber 40000 Mk. Gehalt wurden einem Generaldirektor gezahlt, der weiter

nichts als eine Puppe war. Er führte wohl den schönen Titel Geheimrat, verlor aber von dem Fache gar nichts. Der frühere Portier, der als Tagelöhner mit einem Verdienst von 250 Mk. in Arbeit trat, später Portier wurde, hat sich in kurzer Zeit ein Vermögen dort erworben, das ihn in den Stand setzte, seinem „Beruf“ Wale zu sagen. Nachdem der alte Direktor weichen mußte, verschwand auch der Portier nebst „Frau“ aus dem Betrieb, der sich bis dahin als Fabrikpacha aufgespielt hatte. Jetzt ist der Mann tot, und der neue Direktor hat es verstanden, nachdem er ausfindig gemacht, daß der Werk auf den jetzigen Stand zu bringen, aber leider sind seine Bemühungen vergeblich gewesen. Die Firma stand vor einem Sechsmillionen-Bankrott, wie die am Freitag den 23. Dezember 1904 abgehaltene Generalversammlung bewiesen hat. Wohl hat die Generalversammlung der Aktionäre, deren 82 mit 2874 Stimmen anwesend waren, mit 2573 gegen 234 Stimmen beschlossen, ein Angebot der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens- und Schuckertwerke in Berlin anzunehmen, wonach diese Gesellschaften die Aktien der Fabrik des „Helios“, wie sie steht und liegt, übernehmen, mit alleiniger Ausnahme der Werkzeugmaschinen, die nachweisbar besonders für die Herstellung von Zählern angekauft und gebraucht wurden. (In dem Werk merben Zähler fabriziert; diese Abteilung ist aber ein russisches Unternehmen, das in einem besonderen Abteil seine eignen Werkzeuge und Maschinen besitzt, dessen Arbeiter auch ganz unabhängig vom Betrieb Helios sind.) Der Kaufpreis beträgt 2500000 Mk., zahlbar zur Hälfte bei der Auflassung, zur andern Hälfte am 2. Januar 1906. Die Vorräte können die Käufer ebenfalls erwerben. Der „Helios“ hält die Fabrik zur Aufarbeitung der Aufträge noch eine Zeitlang im Betrieb, längstens bis 30. September 1905. Die Auflassung erfolgt am 1. April 1905. Wegen dieses Beschlusses wurde von Aktionären Protest eingelegt. Bis Montag mittag den 2. Januar 1905 war es noch unentschieden, ob die Gesellschaft ihr Leben noch einige Monate fristen könne oder sofort den Konkurs anmelden müsse. Zwei Berliner Banken, die augenscheinlich von anderer Seite bearbeitet worden waren, machten Schwierigkeiten wegen der Zinsreduktion. Bis Montag mittag schwebte infolge dessen über dem „Helios“ noch die Gefahr der Konkursklärung, da erst gegen Mittag nach langen Hin und Her die Banken in die Reduktion einwilligten. Andernfalls wären am Montag den 2. Januar die vollen Zinsen fällig gewesen und man hätte, da eine Zahlung nicht möglich war, den Konkurs anmelden müssen. Es sei hier noch erwähnt, daß die beiden Elektrizitätswerke, die die Fabrikgebäude des „Helios“ zu kaufen beabsichtigten, darin einen andern Betrieb einzurichten gedachten. Eine neue Versammlung der Inhaber von Schuldverschreibungen findet, da die erste nicht beschlußfähig war, am 26. Januar statt. Im Interesse der dort beschäftigten zahlreichen Arbeiter wäre es zu wünschen, daß der Zuschlag an die beiden Gesellschaften nicht erfolgte und der Betrieb in der jetzigen Gestalt weiter geführt würde. Daß dies möglich ist, hat der jetzige Direktor bewiesen. (Nach den neuesten Meldungen ist am 26. Januar der Liquidation zugestimmt worden.)

Kurz nach Gründung des „Helios“ tauchte auch Ernst Heinrich Geist auf, der sich ebenfalls mit dem Bau von elektrischen Anlagen befaßt. Auch aus ganz kleinen Anfängen hervorgegangen, sieht dort heute, nachdem das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt ist, circa 150 Leute in Arbeit. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Siemens-Schuckertwerke besitzen hier Zweigniederlassungen mit einer großen Zahl von Arbeitern.

Die Weltfirma Gebrüder Stollwerk betreibt neben ihrer eigentlichen Schokoladen- und Zuckerverfabrikation eine schwinghafte Fabrikation von Maschinen zur Kakao- und Zuckerverarbeitung. Es gibt wohl keine Stadt, ja man könnte sagen, keinen größeren Ort in Deutschland und im Ausland mehr, wo man nicht einen „Stollwerk-Automaten“ findet. Um sich die lästige Konkurrenz von Halle zu halten, ist die Millionenfabrik dazu übergegangen, verschiedene bestehende Automatenfabriken anzukaufen, um so das Feld allein bedauern zu können. Über die Entwicklung dieses Unternehmens, das in seiner maschinellen Einrichtung für seine Erzeugnisse und Fabrikation wohl einzig dasteht, könnte man allein einen Artikel verfassen. Der Vater der Brüder Stollwerk besaß einst einen kleinen Krämerladen mit Zuckerverwaren. Dem Spekulationsgeist gehorchend übernahm er das Restaurant des damals noch existierenden Thalia-theaters. Durch die Umstände gezwungen ergriff er seinen alten Beruf wieder und legte dann den Grundstein zu dem jetzigen Unternehmen, das gleich als „Brüder Stollwerk“ benannt wurde, wohl aus „gewissen Gründen“. In dem Unternehmen sind jetzt einige tausend Menschen beschäftigt. Die Firma besitzt eigenen überseeischen Transport und eigene Plantagen, verschiedene große Fabriken im In- und Ausland.

In letzter Zeit haben auch die Edelmetallindustrie und die chirurgische Instrumentenfabrikation festen Fuß gefaßt, die bisher im Kölner Bezirk vertreten waren. Letztere ist vertreten durch das Privatwerk, Aktiengesellschaft. Das Werk beschäftigt über 200 Arbeiter. Es wird immer mehr ausgebaut und werden mehr Leute eingestellt. Seine Kunstsergeanten haben schon einen bedeutenden Ruf erlangt. Die kirchliche Gold- und Silberbeschneidung findet man schon zur Zeit des Mittelalters mit namhaften Kölner Meistern verzeichnet, und diese Kunst hat bis auf den heutigen Tag ihren Platz behauptet. Von den jetzigen Kunstfirmen, deren Namen weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt, sind zu erwähnen: Hermeling, Wüsten & Kreiten. Es liegt ja auch in der Natur der Sache, denn dort, wo die römische Kirche dominiert, muß dieses Fach auch ein Absatzgebiet haben. Gerade Köln, das nicht mit Unrecht das deutsche Rom genannt wird, beherbergt in seinen zahllosen Kirchen und Klöstern einen ungeheuren Schatz auf diesem Gebiet. Und die vorhandenen Schätze sind die besten Lehrmeister für die heutigen Künstler.

Es würde zu weit führen, wollte man hier alle die einzelnen Fabrikationszweige anführen. Eine bestimmte Richtung von Fabrikation, wie man sie in anderen Metallindustriestädten vorfindet, gibt es nicht im Kölner Bezirk. Man findet hier den Großmaschinenbau bis zur Feinmechanik, das Hammerwerk und die feinste Gold- und Silberschmiede, kurzum, eine weit verzweigte Metallindustrie.

Noch ein Fall in der Entwicklung der Gasmotorenfabrikation sei angeführt, der typisch ist für die Entwicklung des Großkapitals. Vor elf Jahren besaß der frühere Monteur Karl Schmitz eine kleine Reparaturbude für Gasmotoren und eine Oldhandlung, er kaufte alte Gasmotoren auf, reparierte und verkaufte sie wieder. Kurz entschlossen ging er dazu über, neue Motoren zu bauen, und zwar zuerst das System Otto, später auch nach englischem Modell. Innerhalb sechs Jahren hatte er es so weit gebracht, daß er dazu überging, seinen Betrieb in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Gesellschaft zahlte für die Fabrik im ganzen 400000 Mk. Aktien beteiligt, die laut Vertrag für ihn unverkäuflich sind. Das Werk hat sich ausschließlich mit der Herstellung von Benzin-, Leuchtgas- und Sauggasmotoren und Sauggasapparaten befaßt. Der Faktorenwert der im Jahre 1903 abgelieferten Waren betrug 110147,09 Mk., heute beschäftigt die Fabrik 300 Arbeiter und Beamte. Eine auffallende Erscheinung konnte man in den letzten Krisenjahren überhaupt im Gasmotorenbau beobachten. In der Zeit, wo viele andere Betriebe des Maschinenbaus mit verkürzter Zeit arbeiteten und Leute entlassen mußten, konnten die beiden hiesigen erwähnten Gasmotorenfabriken ihre Aufträge kaum bewältigen; die Gasmotorenfabrik Deutz mußte sogar dazu übergehen, Tag- und Nachtschicht einzuführen. Schmitz hat die ganzen Jahre hindurch überstunden arbeiten lassen, teilweise sogar bis nachts 12 Uhr.

Der eigentliche Aufschwung der Kölner Metallindustrie war zu verzeichnen, nachdem im Juni 1880 die erste Festsche zur Kölner Stadterweiterung in die alte Festungsmauer gelegt war. Röher war Köln wie in einer Mausefalle eingeschlossen. Als der Festungsgürtel fertiggestellt war und die Bautätigkeit begonnen hatte, war ein harter Zugang zu verzeichnen, so daß Köln am 1. Dezember 1885 schon eine Einwohnerzahl von 161000 hatte. Im Jahre 1887 wurden die am Köln liegenden Vororte zur Stadt eingemeindet, nach dieser Eingemeindung setzte aufs neue die Bautätigkeit ein und die Gründung von industriellen Unternehmungen ein. Die Pflüge aus der Erde schossen die Keinen Maschinenfabriken und Eisengießereien auf, hauptsächlich

In den eingemeindeten Vororten. An verschiedenen Vororten, die bis dahin streng ländlich bebaut waren und verwaltet wurden, an denen von Industrie keine Spur vorhanden war, herrscht jetzt blühendes Industrieleben. Am besten hat die Metallindustrie eingeschlagen. In dem Maße wie die Industrie wächst auch die Einwohnerzahl. Am 1. Dezember 1890 betrug sie 282.000, am 1. Dezember 1895 313.500 und am 1. Oktober 1904 zählte Köln 417.725 Einwohner.

Daß der Aufschwung der Metallindustrie auf die Lohn-, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der Arbeiter nicht ohne Einfluß blieb, ist selbstverständlich. Man kann wohl sagen, daß hier nicht die schlechtesten Löhne bezahlt werden, obwohl von „Lohn“ gar keine Rede sein kann, weil fast überall das Akkordsystem besteht. Vom Lande her ist in der Metallindustrie wenig Zugang zu verzeichnen, mit Ausnahme von Hilfsarbeitern. Die hiesige Maschinenfabrikation läßt es auch nicht zu, mit vielen ungeschulten Arbeitskräften zu fabrizieren, weil es sehr wenig Spezialfächer gibt. Die hier erzeugten Maschinen und sonstigen Artikel erfordern eine intelligente und geschulte Arbeiterkraft. Lebensmittel- und Mietpreise sind teuer; wie die Industrie ausgeht, so auch die Mietpreise. Anfang der neunziger Jahre zahlte man in den Vororten für eine Wohnung von drei Zimmern 12 bis 13 Mk. monatlich, heute 24 bis 30 Mk., teilweise, je nach dem Stadtviertel, noch höher. In der Stadt sind die Mietpreise für die Arbeiter nicht zu erwidern, in den sogenannten Arbeitervierteln gibt es aber keine gesunden und luftigen Wohnungen, alles ist vollgeprobt von Menschen bis unter das Dach hinaus.

Das Organisationsverhältnis hat sich in letzter Zeit auch erfreulicherweise sehr verbessert, obwohl es noch in gar keinem Verhältnis steht zu der vorhandenen Arbeiterkraft. Ein ausgiebiges Feld ist vorhanden, aber auch am schwierigsten zu beackern für den Metallarbeiter-Verband. Nicht allein, daß man gegen das Unternehmertum Front machen muß, auch die Arbeiter selbst bekämpfen sich auf die schäblichste Weise. Nach vier Richtungen muß der Verband sich richten: Gegen das Unternehmertum, gegen die katholischen und christlichen Gewerkschaften und gegen die Kirch-Dunderrianer. Den Zentrumsgewerkschaften ist jedes Mittel recht, den Verband zu bekämpfen, ein ganzes Heer von Agitatoren wird hier dem Verband entgegengestellt, und zwar sehr einflussreiche. Aber der rastlosen Tätigkeit unserer Freunde ist es zu verdanken, daß es überall Licht wird, auch in den dunkelsten Kriechen. Unsere Tätigkeit ist schon insoweit getrübt worden, daß es, woran es früher gefehlt hat, in allen Orten Versammlungslokale gibt. Die Wirte können ihre Lokale den freien Gewerkschaften nicht mehr verschließen, weil deren Einfluß zu stark geworden ist. Noch vor nicht sehr langer Zeit hatte unser Verband nur einige hundert Mitglieder, die Macht der Verhältnisse haben aber die Arbeiter gezwungen, zu denken und zu handeln, und so können wir jetzt konstatieren, daß die Zahl der im Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter die Zahl von 3000 erreicht hat. Sicherlich ein erfreuliches Zeichen im schwarzen Köln. P. G.

Die Lohnbewegung in der Berliner Gelbmetallindustrie.

Die Unternehmer haben, wie schon mitgeteilt, den Ausperrungsbeschluß aufgehoben, verlangt aber von den Arbeitern, beim Eintritt der Arbeit einen Revers zu unterschreiben, daß sie aus dem Verband austreten. In Anbetracht dieser Sachlage und der langen Dauer des Streiks glaubte die Streikleitung von den Streikenden selbst ein zweifelsfreies Votum hören zu müssen, wie sich diese zur Fortsetzung des Streiks stellten. Die Versammlung am 24. Januar war nun völlig darüber einig, daß eine Aufhebung des Streiks als Antwort auf die Aufhebung der Ausperrung deswegen überflüssig sei, weil ja niemand den vorgelegten Revers unterschreiben wolle. Der formell aufgehobene Streik würde unter diesen Umständen tatsächlich seinen Fortgang nehmen. Die Versammlung beschloß mit 2820 gegen 81 Stimmen die Fortführung des Streiks. Das Resultat wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Schließlich nahm die Versammlung noch eine Resolution an, in der den Bergarbeitern sowie auch den russischen Arbeitern die Sympathie und Anerkennung der streikenden Metallarbeiter ausgesprochen wurde.

Die Unternehmer hielten am 25. Januar eine Versammlung ab über die Beschlüsse, die sie faßten, ist zuverlässiges zwar noch nicht bekannt geworden. In der Bossischen Zeitung vom 27. Januar ist jedoch eine Notiz enthalten, die zweifellos als das Resultat dieser Versammlung angesehen werden darf. Die Notiz lautet:

Wir haben am Mittwochabend mitgeteilt, daß die ausständigen Arbeiter der Gelbmetallindustrie die Fortführung des Ausstandes beschlossen haben, wofür die Erwägung bestimmend gewesen sei, daß beim Wiedereintritt in die Fabriken die Arbeiter Verpflichtungen übernehmen sollten, aus dem Metallarbeiter-Verband auszuscheiden. Diese Erwägung ist unzutreffend. Es liegt uns folgendes Rundschreiben der Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten vom 26. Januar vor: „In den letzten Tagen haben sich eine größere Anzahl organisierter Arbeitnehmer sowohl auf unserer Arbeitsnachweisstelle als auch bei einzelnen unserer Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet. Infolgedessen haben viele unserer Mitglieder bei uns angefragt, ob die Wiedereinstellung dieser Arbeiter zulässig ist. Demgegenüber machen wir darauf aufmerksam, daß einseitigen, das heißt so lange der Ausstand noch andauert, gemäß des Beschlusses unserer Generalversammlung vom 7. Januar cr. nur nicht organisierte Arbeiter eingestellt werden dürfen. Eine allgemeine Wiedereinstellung organisierter Arbeitswilliger würde einer Aufhebung der als ein Mittel zur Bekämpfung des Ausstandes einstimmig in der Generalversammlung vom 21. September v. J. beschlossenen Sperre gleichkommen. Um irrthümlichen Auffassungen, die auch in der Presse in den letzten Tagen Eingang gefunden haben, zu begegnen, bemerken wir, daß nach Beendigung des Ausstandes es selbstverständlich jedem wieder freisteht, nach seiner Wahl organisierte oder nichtorganisierte Arbeitnehmer einzustufen.“ Demnach ist von einer Verpflichtung der Arbeiter, aus dem Metallarbeiter-Verband auszuscheiden, nicht die Rede. Sobald der Ausstand beendet ist, steht vielmehr nichts im Wege, organisierte Arbeiter zu beschäftigen.

Daraus geht hervor, daß sich die Unternehmer nach Frieden sehnen. Diesen hätten sie aber schon längst haben können, wenn sie die Hand zur Verständigung geboten hätten.

Zugung von Berlin ist unter allen Umständen streng fernzuhalten, von den Agitationen der Agenten der Kaiserwähler ist sofort an die Verbandsstellen zu berichten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Streitigkeiten zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 29. Januar der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 5. bis 11. Februar 1905 fällig ist.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verbandsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbegleichung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Für die streikenden Bergarbeiter im Ruhrrevier und die dadurch zum Feiern gezwungenen Hütten- und Metallarbeiter der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie — so weit letztere keiner Organisation angehören — einen wöchentlichen Extrabeitrag pro Mitglied von:

- 3 Mk. der Verwaltungsstelle Mannheim (durch 10 Streifenmarken à 30 Pf. zu quittieren);
1 Mk. den Verwaltungsstellen Köln a. Rh. und Mülheim a. Rh.;
50 Pf. den Verwaltungsstellen Wamt b. Wilhelmshaven, Biffingen, Bonn, Braunschw. Detmold;
45 Pf. den Verwaltungsstellen Magdeburg, München, Krefeld;
40 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedschaften Aachen, Bergedorf, Bitterfeld, Feuerbach, Frankenthal, Greiz, Heidenheim, Heilbronn, Ludwigsburg, Saalfeld, Schleswig, Stuttgart, Werder und Würzen;
30 Pf. den Verwaltungsstellen Altona, Brandenburg, Bremen, Danzig, Dinklage, Eßlingen, Gießen, Hamburg, Regnitz, Schwelmigen, Tönning, Vegesack;
20 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedschaften Dessau, Freiberg i. S., Freising, Großenhain, Köthen, Lindau i. B., Meisen, München-Gladbach, Nürnberg; Allg. Verwaltungsstelle, Prenzlan, Ravensburg, Schwäbisch-Gmünd, Trierberg, Zeulenroda, Zittendorf;
15 Pf. den Verwaltungsstellen Emden und Stettin;
10 Pf. den Verwaltungsstellen und Einzelmitgliedschaften Forchheim, Mülhausen i. Elsaß, Schwülz, Reichensbach i. W., Rosenheim.

Ferner der Verwaltungsstelle in Finsterwalde und der Einzelmitgliedschaft Crimmitschau die Erhebung eines vierzehntägigen Extrabeitrags von 40 Pf. pro Mitglied.

Zum Bezirksleiter

des dritten Bezirkes wurde der Kollege Hermann Jernide, Berlin SO., Engländer 15, gewählt. Er hat sein Amt bereits angetreten.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 3a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Dessau: der Dreher Erhard Soltmann, geb. am 12. November 1881 zu Bernburg, Buch-Nr. 726434, wegen Streikbruch;
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Durlach: der Schleifer Heinrich Adam, geb. am 29. September 1882 zu Keulen, Buch-Nr. 720690;
der Schleifer Adam Steger, geb. am 28. Mai 1859 zu Aue b. Durlach, Buch-Nr. 530867;
der Nidelpolierer Anton Hermann, geb. am 16. Januar 1877 zu Einlingen, Buch-Nr. ?
der Hilfsarbeiter August Fribolin, geb. am 15. März ? zu Grünwettersbach, Buch-Nr. 772357;
der Hilfsarbeiter Emil Lerch, geb. am 1. Juni 1873 zu Durlach, Buch-Nr. 674592, wegen Streikbruch.
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Karlsruhe: der Schleifer Friedrich Barth, geb. am 12. August 1884 zu Berlin, Buch-Nr. 730513;
der Schleifer Max Gerhardt, geb. am 8. Februar 1866 zu Hagsfeld, Buch-Nr. 746709;
der Schleifer Karl Laninger, geb. am 10. Januar 1874 zu Eßlingen, Buch-Nr. 743047;
der Schleifer Heinrich Schilling, geb. am 19. November 1880 zu Ober-Roden, Buch-Nr. 704872;
der Schleifer Emil Schneider, geb. am 29. August 1887 zu Eßlingen, Buch-Nr. 730499;
der Schleifer Johann Stüb, geb. am 13. Mai 1888 zu ? Buch-Nr. 743013;
der Installateur Heinrich Ernst, geb. am 16. Juni 1860 zu Odenheim, Buch-Nr. 774910, jämliche wegen Streikbruch.
Auf Antrag der Bezirksleitung für den dritten Agitationsbezirk: der Former Heinrich Leichert, geb. am 12. Mai 1874 zu Remscheid, Buch-Nr. 466107, wegen Streikbruch.
Nicht wieder aufgenommen werden darf:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Sappe: der Metallarbeiter Christian Gerhards, geb. am 10. Juli 1881 zu Eberfeld, wegen Denunziation.

Beger sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Former Paul Krüger, geb. am 14. Juli 1886 zu Guben, Buch-Nr. 614523, nach einem von den Einzelmitgliedern in Neugersdorf gestellten Antrag, wegen Diebstahl.

Dem Mitglied Johann Schiebahn, geb. am 28. November 1880 zu Köln a. Rhein, Buch-Nr. 659325, nach einem von der Verwaltungsstelle in Oberhausen erhobenen Vorwurf, wegen Veruntreuung von Verbandsmarken.

Alle für den Verband bestimmten Gelderleistungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Quittung

der Eingänge für die streikenden Ruhrbergleute (bis 28. Januar): Von der Verwaltungsstelle: Stuttgart 1000, Delmenhorst 20, Eberbach 75, Freising 30, Kirchheim 20, Neugersdorf 73,55, Neuwied 21,50, Ravensburg 12, Ulm 100, Söwobach, Mammiumschläger 17, Biffingen 20, Zittendorf 26,10, Mannheim 2000, Eßlingen 100, St. Georgen 23, Eßbach 19,30, Angulstein 35, Bonn 75, Bremerhagen 300, Burg 20, Frankenthal 100, Hagen 150, Harzgerode 50, Heidenheim 100, Kiel 300, Merseburg 100, Wies 32,30, Mülheim a. Rh. 300, Neudorf i. R. 10,35, Regensburg 80, Striegau 30, Bierßen 13,60, Wilhelmshafen 300, Wolfenbüttel 50, Bielefeld 1500, Sarmen 1000, Dassel 10, Döbeln 30, Elbing 20, Gera 200, Harburg 200, Heilbronn 88, Meisen 300, Offenbach 200, Schmiedeberg 110,20, Garmisch 200, Brandenburg 1000, München 2000, Krimmitschau 80, Bremen 1500, Jzhehe 50, Köln a. R. 100, Mettrane 30, Nürnberg 1600, Oberhausen 30, Heidenheim 10, Begeack 270,37, E. Zamborff, Ulm, gesammelt beim Begeack 3,07, Geisagverein, Hülffler-Saugerbeten, Zandorf 6,80, E. Junge, Hoesfeld 19,50, F. Grandprie, Söblar 16, K. Goerling, Begeack, gesammelt bei einer Gebirgstagsfeier 11,22, Frau Poppenmaier 1, Schmidt 0,50, Großmann 0,30, G. Heubel, Stuttgart 3, P. Geppner, Löwenberg 13,60. — Summa 17266,54, bereits quittiert 2907,30, im ganzen 26414,44 Mk.

Alle für die Bergarbeiter bestimmten Gelder sind getrennt von Verbandsgeldern an die Adresse des Hauptkassiers einzufordern und dürfen auf den Quartalsabrechnungen nicht verrechnet werden. Wir ermahnen allwöchentlich einzufordern, damit wir in gleicher Weise abliefern können.

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Drehern, Formern und Schlossern nach Bamberg (Gebrüder Langhammer) M.; nach Stettin (Stoewer) St.;
von Drehern, Schleifern und Schlossern nach Köln-Ehrenfeld (Bayha);
von Formern und Eisengießerarbeiten nach Liegnitz (Oubisch) D.; nach Solingen (Boos, Inhaber Stöcker); nach Torgelow in Pommern;
von Gürtlern, Drückern, Schleifern, Weizern, Drehern und Metallformern nach Berlin; nach Chemnitz (Holtzpiem & Neubauer) St.; nach Erfurt, Iversgehofen; nach Liegnitz (Schilder) D.;
von Härtlern nach Wald (Gru);
von Kesselschmieden nach Dortmund und Umgegend; nach Kopenhagen (Zweigabteilung der Braunschweiger Gasometer- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft) St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Böhmann Fahrradlaternenfabrik) St.; nach Dessau (Waggonfabrik) M.; nach Furtwangen (F. Köpfer & Söhne, Maschinenfabrik) D.; nach Neu-Isenburg (Emailierwerk) St.; nach Stettin (Stoewer) D.;
von Metallgießern nach Eberswalde (Lunitz) St.;
von Monturen nach Köln a. Rh. (Veltos);
von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
von Schleifern und Polierern nach Welsert (Schloßfabrik G. Juid) St.;
von Kesselheizern, Ofenheutern, Schmelzern, Drehern, Schlossern und Ziehern nach Wien (Stahl- und Presswerke Deng & Co.) St.;
(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; W.: Maßregelung; N.: Währungs- oder Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Aus den Agitationsbezirken.

VI. Bezirk.

Bericht über die Bezirkskonferenz in Hamburg.

Die am 15. Januar in Lütjes Stablflement abgehaltene Bezirkskonferenz war von 52 Delegierten aus 38 Verwaltungsstellen besetzt. Für die Bezirksleitung war Kollege Gottfusen, für den Vorstand Kollege Reichel anwesend. Aus Bureau wurden gewählt: Gottfusen und Schulz-Hamburg als Vorsitzende, Peine-Bremershausen und Großmann-Altona als Schriftführer, Gull-Odenburg und Thien-Beer als Führer der Rednerliste.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Der nächste Gewerkschaftskongress“ referierte Kollege Gottfusen. An der Hand eines heftig kritisierten Materials kritisierte Redner die oft sehr nachteilige Tätigkeit zahlreicher Gewerkschaftsstellenteile und kam zu dem Schlusse, daß eine andere zweckmäßigere Regelung und Zusammenfassung dieser Körperschaften vom Gewerkschaftskongress gefordert werden müsse; namentlich müsse ein Anjammeln von Geldern in den Kartellkassen und das oft verhängnisvolle Eingreifen der Kartelle bei Streiks und Ausperrungen aufhören. Redner schlug vor, die Aufbringung der Kosten durch feste Beiträge aufzuheben und durch Umlageverfahren zu bewerkstelligen. Der Referent ging auf die leidige Frage der Grenzzeitigkeiten ein und gab einige drastische Beispiele zur Beleuchtung der oft sonderbaren Ansichten der Vertreter der Konkurrenzorganisationen. Bezüglich der Maifeier war Redner der Ansicht, daß man im Hinblick auf die große Gefahr für die Gewerkschaften die Arbeiter am 1. Mai nicht zum Objekt eines Kampfes machen dürfe, weil dadurch den Unternehmerorganisationen sehr oft die Handhabe geboten würde, den Arbeitern schwere Niederlagen beizubringen. Ebenso verurteilt Redner den Generalfreik als unbrauchbares Mittel zur Eringung wirtschaftlicher Vorteile. Im Anschluß an seine Ausführungen bezüglich der Maifeier gedachte er der gänzlich deplazierten Maifeiernotiz der Leipziger Volkszeitung, die ja leider von so vielen Arbeiterblättern unbesehen nachgedruckt worden ist. Zum Schlusse stellte der Referent sich mit seinen Ausführungen auf dem Boden der Befürworter der partitischen Arbeitskammern. — Im Sinne des Referenten sprachen in der Diskussion die Kollegen Schulz und Weinheber-Hamburg sowie Reichel-Stuttgart, Kolar-Schleswig, Bauch-Jzhehe und Großmann-Altona traten den Referenten in einzelnen Punkten entgegen. Ehlers-Lübeck schob den Gewerkschaftsvorständen die Schuld an der Verlesung der Maifeier zu, indem diese nur die materielle, nicht die ideale Seite bei allen Dingen propagieren. — Im Aufschluß sagte Gottfusen nochmals die markantesten Punkte seiner Ausführungen zusammen und stellte einige in der Diskussion hervorgetretene falsche Auffassungen seiner Ausführungen richtig. Vor allen Dingen forderte Redner mehr Vertrauen den Funktionären des Verbandes gegenüber. — Als Delegierter zum Gewerkschaftskongress wurde Gottfusen gewählt.

Zum zweiten Punkt: „Die nächste Generalversammlung in Leipzig“ referierte Kollege Reichel, der die Vorstandsvorlage ausführlich begründete. Außer den schon aus früheren Berichten bekannten Gründen führte Redner auch an, daß wir im Jahre 1903 1579 Mitglieder feststellten, die länger als 10 Wochen arbeitslos waren. Daraus ergebe sich, daß die Unterstützungsdauer verlängert werden müsse. Auch die Abschließung von Tarifverträgen zwingt uns, die Bezugsberechtigung zu verlängern, denn, wenn Tarife von unseren Mitgliedern hochgehalten werden sollen, so müssen wir auch dafür sorgen, daß sie bei längerer Arbeitslosigkeit unterstützt werden. Die Befürchtung, der Verband könne die Arbeitslosenunterstützung mit den dafür vorgesehenen Mitteln schon heute nicht mehr zahlen, entbehre jeder Begründung. Die bis jetzt gewonnenen Zahlen beweisen, daß die Unterstützungen leicht bezahlt werden könnten und daß auch für Streiks im Jahre 1903 noch über eine Million Mark aufgewendet werden könnten. Die geforderten 10 Pfennige Mehrbeitrag würden vollständig ausreichen, die Arbeitslosenunterstützung zu sichern. Referent spricht sich ganz entschieden gegen einen Antrag Emschoren aus, der bescheidet, bei 50 Pf. Beitrag die sechsstägige Karenzzeit wegzulassen. — Kallenbach-Hamburg erkannte an, daß trotz der Erhöhung der Beiträge von 20 auf 30 Pf. und von 30 auf 40 Pf. die Mitgliederzahl gewaltig steigen will. Es sei aber auch eine Grenze zu ziehen, bei 50 Pf. Beitrag werde kein Fortschritt mehr zu verzeichnen sein. Gegen Krankeit könnten sich die Mitglieder selbst versichern. Wenn die Beiträge erhöht werden sollen, so müsse es geschehen ohne Erweiterung des Unterstützungswesens. — Ehlers-Lübeck: Die ausgleichende Gerechtigkeit, die der Vorlage innerwohnen soll, finde er nicht. Während der reisende Kollege vom ersten Tage Unterstüzung erhält, müsse der Ortsanwärtige erst eine sechstägige Karenzzeit durchmachen. An der Hand des Protokolls der Generalversammlung von 1902 ging Redner noch näher auf die Vorlage ein und empfahl deren Ablehnung. — Secuann-Lübeck: Der Verband berüchtigt nur die 1579 Personen, die über 10 Wochen arbeitslos waren, lasse aber die 25 Prozent der Mitglieder, die schon in zwei Krankenfällen versichert sind, vollständig außer Betracht. Durch die Unterstüzungseinrichtungen seien uns eine große Zahl Mitglieder zugelaufen, die im wirtschaftlichen Kampfe gar nicht in Frage kämen und womit wir auch keine Kämpfe führen könnten. — Richter-Hamburg sprach für die Vorlage. In kleineren Orten sei es den Mitgliedern unmöglich, sich doppelt gegen Krankheit zu versichern, außerdem seien viele Krankenfällen recht zweifelhafte Natur und leiten nicht entfernt das, was unser Verband durch die Vor-

Handvorlage biete. Auch gegen Konkurrenzorganisationen sei die Krankenunterstützung trotz der 50 Pf. Beitrag ein gutes Kampfmittel. — Eberling-Wegefac: Die Verwaltungsstelle Wegefac sei gegen die Vorlage, obwohl dort nur sehr selten Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt wurde. In Wegefac sei nur eine Arbeitsstelle, und wer dort keine Arbeit erhalte, müsse abreisen, auch frange Kollegen könnten sich dort nicht halten. Hedner ist für 50 Pf. Beitrag, um den Verband kampffähiger zu machen. — Kolar-Schleswig sprach über die ungerechte Anwendung des § 2c durch den Vorstand. Er sei gegen die Vorlage, weil durch die Arbeitslosenunterstützung nur das Simulantentum herangezogen werde. — Bauch-Hehroe: In den kleinen Städten werde die Vorlage mit Freuden begrüßt, da die Befürchtungen der Ortsverwaltungen oft weit hinter denen des Verbandes zurückbleiben, seine Verwaltungsstelle sei, wenn notwendig, für 50 Pf. Beitrag. — Hehle-Bremen sprach für die Vorlage, jedoch gegen den neuen § 2, der die Krankenunterstützung auf 30 Mk. erniedrigt. — Peine-Bremervorhaben: Die Mitglieder in den kleinen Verwaltungsstellen hätten den Nutzen von der Gewerkschaftenunterstützung nicht in dem Maße, wie es dargestellt werde, da sie oft gezwungen seien, ihre Mitgliedschaft auf ein pflichtiges Geben zu halten, andernfalls sie mit Kind und Kegel den Ort verlassen müßten. In den großen Städten müßten die Streiks eingeschränkt und dafür das platte Land mehr berücksichtigt werden. Einige verlorene Streiks hätten nichts zu bedeuten, die Maurer in Berlin hätten 10 Streiks verloren und ihr Stundenlohn sei doch auf 70 Pf. gestiegen. — Kölling-Hamburg sprach gegen die Vorlage, da sie undurchführbar erscheine. Die Metallarbeiterkrankenkasse zahle nur das 26fache des wöchentlichen Beitrags an Unterstützung, während der Verband das 38fache zahlen wolle. Die Behauptungen des Vorstandes seien nicht auf der richtigen Grundlage aufgebaut. Die Belastung des Verbandes müsse eine noch größere sein als die der Metallarbeiterkrankenkasse, da im Verband jeder, ohne Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand aufgenommen werde, während die Krankenkasse nur gesunde Personen aufnimmt. — Wallrabe-Osterholz-Scharbeck ist wegen der Höhe des Beitrags gegen die Vorlage, denn bei der Erhöhung auf 40 Pf. sei schon ein großer Teil der Mitglieder abtrünnig geworden. — Wiska-Hamburg sprach für die Vorlage, während Junge-Hamburg dagegen ausführt: Die Vorlage sei ein Produkt der Wechselläufe der letzten Generalversammlung. Wir hätten aber zu beachten, daß sich die Unternehmer immer fester organisieren, um die Arbeiterorganisationen angzugreifen und zu vernichten. Es sei voranzuzusehen, daß uns in Zukunft schwere Kämpfe bevorstehen, darum müßten wir uns für die Erhöhung der Beiträge ohne Unterstützungserweiterung erklären. Der § 2c sei mit einem Anjugsparagraphen zu vergleichen und dessen Beseitigung sei notwendig. — Wegner-Wilhelmsburg: Einen großen Widerstand hätten bis jetzt die Frauen der Mitglieder dem Verband entgegengekehrt, da diese die ideale Seite der Arbeiterbewegung nicht erfasst und für sie lediglich die materiellen Vorteile, die eine Organisation biete, maßgebend sei. Durch die Krankenunterstützung würde es möglich sein, auf die Frauen einzuwirken und aus Gewerkschaften Besüßworterinnen des Verbandes zu machen. Viele Mitglieder seien bis jetzt dem Verband wieder verloren gegangen, weil der Wille der Frau härter war als die Überzeugung des Mannes, hätten wir aber die Frauen gewonnen, so würden sie die Männer in umgekehrter Richtung beeinflussen. Die Folge würde sein, daß neue Käufer dem Verband zugeführt und die alten erhalten werden. — Frau Gotthausen-Hamburg wandte sich gegen den den Frauen gemachten Vorwurf, nicht die Frau trage die Schuld, sondern der Mann, der es unterlassen habe, seine Frau über die Bedeutung der Organisation aufzuklären, sei der allein Schuldige. In den meisten Fällen sei es auch unrichtig, daß die Frauen die Männer von der Organisation abhalten, denn in allen anderen Fällen ließen sich die Männer auch nichts in ihre Sachen hineinreden; nur wenn sie die Organisation verbummelt hätten, dann solle die Frau die Schuldige sein. Hedner hat, im Interesse der verheirateten Mitglieder die Vorlage anzunehmen. — Weinheber-Hamburg: Durch die Unterstützungsanstaltungen seien die Mitglieder nach jeder Richtung moralisch und materiell zu heben und den Verband zu halten. — Nachdem der Referent in seinem Schlusswort alle gemachten Einwendungen noch einer eingehenden Würdigung unterzogen, erfolgte die Abstimmung. Folgende von Peine, Seemann, Ehlers, Lau, Menke, Everling, Vogt und Auge unterzeichnete Resolution wurde mit 33 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

„Die Konferenz ist durch die Ausführungen des Referenten sowohl als auch von denen der Besüßworter der Vorstandsvorlage nicht davon überzeugt worden, daß sie ein Vorteil für die Mitglieder des Verbandes ist. Die Konferenz ist im Gegensatz zu diesen der Meinung, daß es ersprießlicher für den Verband wäre, wenn wir eine Erhöhung der Beiträge ohne Erweiterung des Unterstützungsbezweckes eintreten lassen, um die Finanzen der Organisation erheblich zu stärken und um Abwehr- sowohl als auch Angriffskämpfen nicht immer ablehnend gegenüberstehen zu brauchen.“

Die Vorstandsvorlage wurde darauf mit 35 gegen 16 Stimmen angenommen.

Erbslöcher-Eimshorn erklärte, durch Schluß der Debatte sei ihm das Wort abgeschnitten, er ziehe deshalb den Antrag von Eimshorn, der die Beseitigung der sechsstägigen Karenzzeit wünscht, zurück. Zum dritten Punkt: „Bericht über die bisherige Tätigkeit im sechsten Bezirk“, referierte Gotthausen. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß bei der Einführung des Vertrauensmännertums überall gute Fortschritte zu verzeichnen waren. Im Laufe des verfloffenen Jahres waren im gesamten sechsten Bezirk 8270 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Trotzdem sei die Mitgliederzahl von 18156 am Schluß des Jahres 1903 nur auf 19091 am Schluß des Jahres 1904 gestiegen. Es gebe das ein Bild von der in diesem Bezirk herrschenden außerordentlich großen Fluktuation. Die weiteren statistischen Angaben des Berichtes zeigen, daß es für den Bezirksleiter eine nicht geringe Arbeit zu erledigen gab. Jrgend welche Einwendungen gegen seine Tätigkeit wurden nicht erhoben.

Dann gelangten noch einige Anträge von Verwaltungsstellen des sechsten Bezirkes zur Erledigung. Auf Antrag von Hehroe wurde beschlossen, daß die Gauleitung im laufenden Jahre eine allgemeine Agitation für die Einführung von Tarifen einzuleiten hat. Einige weitere Anträge wurden der Generalversammlung zur Berücksichtigung überwiesen. — Nach einem fernigen Schlusswort des Vorsitzenden D. Schulz und einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband erfolgte gegen halb 9 Uhr abends Schluß der Konferenz.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Hamburg-Altona. Wir sehen uns veranlaßt, die Feilenhauer, die etwa gesonnen sind, auf Arbeitsangebote nach Hamburg zu kommen, auf die hiesigen Verhältnisse, die nicht die rosigsten sind, aufmerksam zu machen. Hier sind drei Feilenhauereien, von diesen ist es die Firma F. Thiel Wwe. in Hamburg, Oshäntzen- und Brigittenstraße, die am meisten in Betracht kommt. Die Kollegen werden oft genug Gelegenheit gehabt haben, die Annoncen dieser Firma in auswärtigen Wätern zu lesen. Auch der Zentralarbeitsnachweis in Stuttgart ist von ihr in Anspruch genommen worden. Aber alle Kollegen, die auf die Angebote der Firma hier ankamen, sehen sich bitter enttäuscht. Nicht genug, daß sie zwei bis drei Tage in der Woche ausreisen müssen, weil nichts zu tun ist, auch in gesundheitlicher Hinsicht und in bezug auf die Löhne steht die Firma hinter den anderen zurück. Die Ventilation und die Lichtverhältnisse sind äußerst mangelhaft, sie zwingen die Kollegen im Winter und an dunklen Tagen des Jahres überhaupt, bei Petroleumbeleuchtung zu arbeiten. Auch bezahlt die Firma für die Stückeisen nur 2 1/2 Pf., während die Firma Wedder Wwe. 4 Pf. pro Stück bezahlt. Gätten sich die Kollegen, die bei Thiel Wwe. in Arbeit treten, sofort an die Organisation gewandt und um die wahren Zustände vor Augen geführt, dann wären diese Verhältnisse längst beseitigt. Aber die Kollegen fühlen nicht das Bedürfnis an uns heranzutreten, sondern wursteln ruhig weiter, bis sie durch die traurigen Verhältnisse ge-

zwungen wurden, den Staub Hamburgs von den Schultern zu schütteln. Um zu verhüten, daß fernerhin noch mehr Kollegen traurige Erfahrungen machen müssen, und weil für die hier gehenden sieben Steine ohnehin nicht genügend Arbeit vorhanden ist, richten wir die Mahnung an alle Feilenhauer, auf etwaige Arbeitsangebote nicht hierherzukommen, auf alle Fälle aber sich erst an die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes oder dessen Arbeitsnachweis (Hamburg, Gänsemarkt 85 I) zu wenden.

Formen.

Essen a. M. Der Zugig von Formern ist von hier fernzuhalten.

Forst (M.-V.). Der Streit der Formern in der Eisengießerei von Marder mußte nach zuka siebenwöchentlicher Dauer aufgegeben werden. Es ist dem Herrn Marder gelungen, genügend Ertrag für die Ausständigen zu bekommen. Zu diesen Hausreißern gehören auch die Formern Hensel und Hermann aus Wetschau, beide Mitglieder des Hirsch-Dunderjchen Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Wenn auch die Tatsache, daß Mitglieder des Gewerkevereins Streikbrecherdienste leisten, als nichts ansehnliches mehr anzusehen ist, so verdient doch die Mitteilung, die uns von der Gewerkevereinsleitung aus Wetschau zugegangen ist, niedriger gehängt zu werden. Die Leitung des Gewerkevereins in Wetschau fragte bei dem Generatrat der Hirsche in Berlin an, was mit ihren Mitgliedern, den Formern Hensel und Hermann, die bei Marder Streikbruch begangen haben, werden solle. Es liege doch Veranlassung vor, diese beiden aus dem Gewerkeverein auszuschließen. Hierauf ist, wie uns mitgeteilt wird, vom Generatrat in Berlin geantwortet worden, daß ihm (dem Generatrat) von einem Formernstreik in Forst nichts bekannt sei und er insolge dessen durchaus nicht einsehen könne, daß Hensel und Hermann ausgeschlossen werden müßten. Der Generatrat sucht auch in diesem Falle den Streikbruch seiner Mitglieder zu entschuldigen, ja sogar zu verzeihen. Genau wie jeder Arbeitswille erklärt auch der Generatrat: er habe nichts von einem Streit gewußt. Nehmen wir zugunsten des Generatrats an, daß ihm in der Tat von diesem Streit nichts bekannt war, so ist doch damit die Tatsache, daß gestreikt wurde, nicht aus der Welt geschafft. Diese Tatsache, die ihm allein von seinem Ortsverein mitgeteilt worden, mußte genügen, die beiden Formern auszuschließen. Nun behaupten wir aber, daß nach Ausbruch des Streiks bei Marder die Gewerkevereinsleitungen in Forst sowohl wie in Wetschau sofort in Kenntnis gesetzt worden sind, obwohl eine solche Verpflichtung für den Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht bestand. Also die Behauptung: die Herren vom Gewerkeverein hätten von diesem Streit nichts gewußt, ist eitel Schwindel und nur darauf berechnet, den Streikbruch ihrer Mitglieder zu verzeihen. Die Metallarbeiter von Wetschau und Forst müssen hieraus die Lehre ziehen, daß ihre Interessen nur im Metallarbeiter-Verband gewahrt und vertreten werden. Darum, Metallarbeiter der Niederlausitz, laßt euch nicht länger von jenen Herren dazu mißbrauchen, euren Kollegen in den Rücken zu fallen. Tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Metallarbeiter.

Berlin. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 18. Januar im großen Saale der Brauerei Lips eine außerordentliche Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde angefragt, ob der Berichterstatter der Volkszeitung anwesend sei und gleichzeitig gewünscht, daß er aus dem Saale gewiesen wird, da verschiedene Berichte genannter Zeitung in letzter Zeit zur Genüge bewiesen haben, daß der Berichterstatter sich nicht zu Berichten über eine Organisation eigne. Derselbe hatte jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen. Zur Beratung standen: 1. Ergründung für den ausstehenden Kollegen Scheffler; 2. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress und eventuell Wahl der Delegierten. Cohen teilte zum ersten Punkte mit, daß Scheffler zum 1. Februar eine Verbandsstellung in Leipzig angenommen habe, daher müsse für diesen Kollegen eine andere tüchtige Kraft für das Bureau gewonnen werden. Zu wünschen sei auch, daß der neu zu wählende Kollege noch kurze Zeit gemeinsam mit Scheffler im Bureau arbeiten könne, da die Ausfüllung dieses Postens eine ganz bedeutende Kenntnis der einschlägigen Organisationsbestimmungen bedingt. Aus diesem Grunde sowohl als auch, daß die nächste Zeit reich an Generalversammlungen anlässlich des Verbandstags sein werde, macht sich die Neubesetzung der Stelle vor der nächsten ordentlichen Generalversammlung notwendig. Hinzukäme noch, daß es unmöglich sei, gegenwärtig mit einem Beamten weniger auszukommen und eine Aushilfskraft unmöglich auf diesem Posten verwendet werden kann. Nach kurzer unwesentlicher Diskussion wurde zugestimmt, daß für die Auffstellung von Kandidaten eine Unterzuzugung von wenigstens 200 der anwesenden Mitglieder notwendig ist. Von der Vertrauensmännerkonferenz waren in Vorschlag gebracht die Kollegen Bismuthal, Hartmann, Wöble und Noth. Aus der Versammlung wurde noch der Kollege Weigel vorgezogen. Die Wahl findet gemäß dem Beschluß der vorjährigen Generalversammlung am Sonntag in 12 Lokalen während der Zeit von 10 bis 11 Uhr statt. — Zu Punkt zwei der Tagesordnung erklärt Cohen in Kürze einige Punkte, die dringend der Erörterung auf dem Gewerkschaftskongress bedürfen. Unter anderem wird die Mitarbeiter und die Frage des Generalstreiks auf dem Kongress zur Sprache gebracht werden. Weiter sind es die Grenzfreizügigkeiten unter den einzelnen Organisationen, die der Regelung bedürfen. Kaum ein großer Betrieb in der Metallbranche sei noch „rein“; doch so schlimm, wie es in einigen Betrieben aussähe, sei kaum geahnt worden. In einem Betrieb seien 32 Organisationen vertreten. Es machen sich dort Organisationen breit, die, wenn es hier und da zu Differenzen kommt, keine Abnung von den notwendigen sachmännlichen Kenntnissen zur Beurteilung der Lage besitzen. Und keineswegs sei es eine reelle Konkurrenz, die uns dort erwächst; fast nur auf Grund der niedrigen Beiträge suchen verschiedene Organisationen Mitglieder unserem Verband abzuwerben zu machen und für sich zu gewinnen. In einem Falle (Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter-Verband), der der Begutachtung des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission vorgelegen ist, diese Handlungsweise als unanständig erklärt worden. Wir perspektiven den Standpunkt: „Die Metallindustrie gehört der Metallarbeiterorganisation.“ Aus all diesen Erwägungen heraus sei es unbedingt notwendig, diese Frage auf dem Kongress gründlich zu erörtern. In der Diskussion wurde von einigen Kollegen insbesondere die Gestaltung der Mitarbeiter in Zukunft behandelt. Sodann wurde auch bemängelt, daß beide Bevollmächtigte zum Kongress kandidieren wollten, was bei der Größe unserer Verwaltungsstelle und der oftmaligen Möglichkeiten bei Differenzen untüchtig sei. Wiesenhal vertrat hierbei den Standpunkt, daß er, wenn gleich Bevollmächtigter, ebenso wie jeder andere Kollege das Recht zu kandidieren für sich in Anspruch nehme. Außer den bereits von der Vertrauensmännerkonferenz nominierten Kandidaten: Cohen, Hartmann, Köfsten und Wiesenhal wurde von der Versammlung noch Ransbrock aufgestellt. Die Wahl der zwei Delegierten findet ebenfalls am Sonntag gemeinsam mit der Wahl des Bureaubeamten statt. — Ein Antrag, den freireisenden Bergarbeitern sofort 3000 Mk. zu überweisen, wurde, nachdem ausgetprochen war, daß es bei aller Sympathie für die Bergleute in Anbetracht unserer großen Bewegung es doch unmöglich ist, dieselben zu unterstützen, durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Nachdem Cohen noch zu reger Beteiligung an der Wahl am Sonntag aufgefordert, wurde die Versammlung geschlossen.

Bernburg. Am 14. Januar fand eine von 40 Mann besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Träger erstattete Bericht von der Bezirkskonferenz in Halle a. S. Anträge, die auf der Konferenz gestellt waren, wurden diskutiert. Einige Kollegen sprachen sich für Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung und dafür aus, daß die Karenzzeit verkürzt werde. Verschiedene Kollegen waren der Meinung, die Unterstützungsdauer von 20 Wochen sei zu hoch, man solle lieber die Arbeitslosenunterstützung etwas erhöhen, dann könne immer noch an die Kranken Mitglieder Unterstützung bezahlt werden. Sonst war man allgemein mit dem Vorstandswort über die Gewerkschaftenunterstützung einverstanden.

Bistungen a. C. In unserer Mitgliederversammlung am 21. Januar wurde beschlossen, die streikenden Bergleute zu unterstützen. Der Antrag von M., 50 Pf. Extrabeitrag am 4. Februar zu erheben, wurde einstimmig angenommen. Eine sofort vorgenommene Sammlung ergab die Summe von 38 Mk. Weitere Beschlüsse sollen in einer späteren Versammlung gefaßt werden.

Brandenburg a. N. Eine gut besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung unserer Verwaltungsstelle, beschaffte sich am 21. Januar mit dem Streik der Bergarbeiter. Kollege Pawlowitsch-Berlin legte in einem zweifelhaflichen Vortrag das Los des Bergmanns klar. Hedner Beifall lohnte den Hedner. Ein Antrag der Verwaltung für die Dauer des Streiks, mindestens aber für vier Wochen, einen Extrabeitrag von 30 Pf. pro Mitglied und Woche zur Unterstützung der Bergarbeiter zu erheben, wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde die Verwaltung beauftragt, sofort 1000 Mk. a conto an den Hauptvorstand zur Unterstützung der Bergarbeiter zu überweisen.

Dortmund. Das Jahr 1904 war für die hiesige Verwaltungsstelle ein Jahr des Aufschwunges, wodurch ihr die Möglichkeit energischer Wahrnehmung der Interessen der Metallarbeiter gegeben war. Das letzte Quartal 1903 schloß ab mit 740 Mitgliedern, Ende 1904 waren es 1350. Diese verteilen sich auf die einzelnen Bezirke: Drahtarbeiter 5, Dreher 69, Feilenhauer 6, Formern 74, Goldarbeiter 1, Gürtler 2, Heizer und Maschinenisten 26, Kesselschmiede 134, Klempner 96, Mohrleger 28, Schmiedmeister 12, Metallschleifer 4, Modellmacher 5, Schlosser 627, Schmiech 22, Werftarbeiter 12, Zimmiger 1, sonstige Metallarbeiter 172, Nichtmetallarbeiter 4. Welche Veränderungen in der Mitgliedschaft vorlaken, erhellt daraus, daß 738 austreten, 1310 beitraten, 1261 abreisten, wegen Beitragsrückgefallen wurden 230. Trotz dieses Wechsels haben wir den erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen; damit ist der Beweis erbracht, daß bei reger Agitation auch hier die Organisation eine gute Grundlage finden und Erfolge erringen kann. So wurden eine Reihe öffentlicher Versammlungen abgehalten, die sich zum Teil mit den Mitgliedern auf der Union, im Stahlwert Gösch und anderen großen Fabriken befanden. Die Folge war, daß verschiedene Mißstände beseitigt wurden. Das ist auch von vielen anderen Fabriken zu konstatieren. Seider glaubte die Mehrzahl der Arbeiter, mit öffentlichen Protesten genug getan zu haben, sie traten nicht in Masse der Organisation bei. Die Meinung der Unternehmer, den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen, ließ in dem Maße nach, wie die Arbeiter sich gegenüber der Organisation passiv zeigten. Die Indifferenten sind schuld daran, daß nicht schon bedeutend mehr erreicht worden ist. Konflikte halten wir mehrere zu erörtern. Bei der Firma Both & Tillmann wurde alles durch Verhandlung zur Zufriedenheit beigelegt. Bei der Firma Pohlshörder, Gelbschrankfabrik, waren zwei Kollegen gemafregelt, sie wurden wieder eingestellt, außerdem wurde eine Aufbesserung der Löhne erzielt. Zur Arbeitseinstellung kam es in der Eisengießerei von Kloth. Der Streik endete nach einer Dauer von acht Tagen mit Anerkennung unserer geforderten Forderungen. Weiter erzielten wir Erfolge bei Koffermann (Schraubensabrik), Wilsch in Görde, Wilmann (Kesselschmiede) u. s. w. Es wird jetzt unsere Aufgabe sein, durch Kräftigung der Organisation auch andere Unternehmer zu Zugeständnissen zu veranlassen. Nochmals muß hier konstatiert werden: werden die Arbeiter der Organisation mehr Interesse entgegengebracht haben, es hätte noch viel mehr erreicht werden können. Dortmund würde nicht mehr mit den schlechten Löhnen für Metallarbeiter im Fahrrevier „parabieren“. — Unsere Kassenverhältnisse ergeben sich aus folgenden Zahlen. An die Hauptkasse wurden gezahlt 6800 Mk., Reiseunterstützung 477 Mk., Maßregelungs- und Unterstützung nach § 2c 1686 Mk., Ortsunterstützung 759 Mk., Streikunterstützung 532 Mk., Nachschuß 100 Mk. An das Bezirksreferat 525 Mk., Bureau-Unterstützung 200 Mk. Die Gesamteinnahme betrug 20010,28 Mk., die Ausgabe 18982,69 Mk., blieb Kassenbestand am 31. Dezember 1904 1077,59 Mk. — Kollegen, rastlos ist die Arbeit in diesem Jahre fortzusetzen. Nun, schon jetzt können wir über 150 Neuaufnahmen verzeichnen. Helfe also jeder Kollege durch fleißige Mitarbeit der Ortsverwaltung ihr mühevolltes Amt erleichtern; insbesondere besuche jeder fleißig die Versammlungen.

Dresden. Mit dem Bergarbeiterstreik beschäftigte sich eine imposante Metallarbeiterversammlung am Sonnabend den 21. Januar im großen Saale des Triakon, in der Reichstagsabgeordneter Eimshorn in der vorzüglichsten Weise über den Generalstreik der Bergarbeiter und dessen Folgen für die Arbeiterchaft referierte. Der rauschende Beifall, der seinen Worten folgte, bewies, daß er das Richtige getroffen hatte. — Kollege Hoffmann verlas hierauf das Rundschreiben des Hauptvorstandes, in dem er aufforderte, überall Stellung zu dem Bergarbeiterstreik zu nehmen und der eventuellen Einführung eines Extrabeitrags im Voraus seine Zustimmung zu erteilen. Er führt aus, daß die Kollegen wüßten, was sie insafgebeßen zu tun hätten und erucht die Versammlung, einem obligatorischen Beitrag zugunsten der Bergarbeiter ihre Zustimmung zu erteilen. — Kollege Holz glaubt, daß der Vorstand nicht amputiert an die Metallarbeiter appelliert habe und verliest folgende, von der hiesigen Agitationskommission ausgearbeitete Resolution: „Die von circa 2000 Mitgliedern besuchte öffentliche Protestversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes spricht den Bergarbeitern des Ruhrgebietes, die in den von den Grubenbetreibern auf das fröiostre provozierten Streik getrieben wurden, sowie den hiervon in Mitleidenchaft gezogenen Arbeitern, als die in erster Linie die Metallarbeiter in Frage kommen, ihre volle Sympathie aus, mit der Versicherung, die Ausständigen tatkräftig zu unterstützen. Die Versammlung beschließt zu diesem Zwecke, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Dresden, zu verpflichten, während des Streikes einen Extrabeitrag von 50 oder 25 Pfennigen (der letztere Beitrag soll hauptsächlich für weibliche Mitglieder gelten) pro Woche zu erheben, der durch Marken in dem Mitgliedsbuch zu quittieren ist. — Zur schnellen Hilfeleistung beschließt die Versammlung, beim Vorstand zu beantragen, als erste Rate 2000 Mark aus dem Fonds der Lokalbeiträge den Bergarbeitern sofort zu übermitteln. Diese Resolution fand einstimmige Aufnahme. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Höller, nochmals aufgefordert, die Organisation zu stärken und die nicht anwesenden Kollegen zur Befolgung des gefaßten Beschlusses zu veranlassen, wurde die glänzend verlaufene Versammlung unter Hochrufen auf den Verband und die Bergarbeiter geschlossen.

Duisburg. Die hiesige Verwaltungsstelle hatte auf Sonntag den 22. Januar eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen mit der vom Vorstand beauftragte Tagesordnung: „Die Bedeutung des Kampfes der Bergarbeiter und Erhebung eines obligatorischen Extrabeitrags zugunsten derselben.“ Der Bevollmächtigte eröffnete die zahlreich besuchte Versammlung mit einer kurzen Ausführung der Ereignisse, die die Bergarbeiter zum Generalstreik getrieben haben. Es sei vor allem Pflicht der Metallarbeiter, die streikenden Arbeitsbrüder zu unterstützen, denn wir sind die ersten, die die Folgen des Ausstandes zu verspüren haben. Er schlug vor, für Januar den doppelten Beitrag zu erheben. Die Hedner sprachen sich fast alle in dem Sinne aus und es wurde unter mehreren Anträgen der Antrag des Kollegen M.: „Im Monat Januar zwei Extrabeiträge à 45 Pf. zu erheben, ferner sofort 150 Mk. an die Streikenden abzugeben, das weitere beschließt eine spätere Versammlung“ angenommen. Hierauf lief vom Kollege S. der Antrag ein: „Unverzüglich in die Besprechung über die Wahl des Geschäftsführers der Zahlstellen Duisburg, Rülheim a. d. Ruhr, Oberhausen und Stocum in der Oberhausener Versammlung einzutreten.“ Diefem Antrag wurde auch Folge gegeben und es entspann sich eine äußerst lebhafteste Debatte über die dort statgefundene Wahl. Von allen Diskussionsrebern wurde vorgebracht, daß in der Versammlung ein richtiger Personenkultus getrieben wurde. Von den 28 Gewerbern wurden nur vier in die engere Wahl gezogen. Unter den vier sind Leute, wenn auch nicht aus unserem hiesigen Bezirk, deren Namen aber einen guten Klang haben; wir wurden jedoch in der Versammlung zweimal geschlossen von den Verwaltungsstellen Rülheim a. Ruhr, Oberhausen und Stocum niedergebittet. Gewählt wurde der Kollege Everts aus Rülheim, der bis jetzt bei uns nicht bekannt

gewesen ist. Über die ganzen Vorgänge bei der Wahl wird den Verbänden in den nächsten Tagen berichtet werden. Unsere Versammlung folgte dem Beschlusse: Die heutige außerordentliche Mitgliederversammlung der Zahlstelle Duisburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes legt hiermit Protest gegen die getätigte Wahl des Geschäftsführers ein und beauftragt neben der Ortsverwaltung der Zahlstelle eine zu wählende Kommission, den notwendigen Protest den bezüglichen Faktoren zuzustellen."

Durlach. Anlässlich des Streikereis hatte der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller eine Verurteilung der streikenden Schleifer an seine Mitglieder versandt. Trotzdem nun der Streik seit fast vier Wochen aufgehoben ist und den durch den Streik betroffenen Firmen sofort mündlich und dem Gesamtverband der Metallindustriellen mittelst eingeschriebenen Briefs von der Beendigung des Streiks Mitteilung gemacht wurde, hat derselbe bis heute die Sperre über die Streikenden noch nicht zurückgezogen. Auch die Firma Gröner erklärte am 6. Januar cr., sie wolle sofort nach Berlin Mitteilung machen und um Aufhebung der Sperre über die Arbeiter ersuchen. Aber wo die bis jetzt noch arbeitslosen Kollegen hingekommen sind wurde ihnen gesagt: "Ja, wir bedauern, aber vom Zentralverband ist uns noch keine Mitteilung zugegangen und infolgedessen dürfen wir Sie nicht einstellen." Wahrscheinlich hatte der Zentralverband in den letzten Wochen mit dem Abschreiben des Statuts des Metallarbeiter-Verbandes und der Umänderung desselben in einen für ihn passenden Sinn zu seiner "famosen Arbeitslosenunterstützung" so viel zu tun, daß ihm der Sinn für eine anständige Handlungsweise völlig abhanden gekommen war. Auf jeden Fall erhebt man daraus wieder, wie wenig auf die Versprechungen und Worte unserer Metallindustriellen zu geben ist und daß gegen diese Herren nur das allergrößte Mißtrauen am Platze ist. Die Firmen von Karlsruhe und Durlach mögen sich aber in Berlin bedanken, wenn die Handlungsweise des Industriellenverbandes die Arbeiter erneut unzufrieden macht.

Gevelsberg. Am 15. Januar hielt die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine von 250 Mitgliedern besuchte Generalversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wies der Geschäftsführer Kollege Haas auf den großen Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet hin und betonte, daß die Ortsverwaltung beschlossen hätte, Sammellisten herauszugeben. Die Metallarbeiter des Ennepetals könnten zeigen, daß sie noch Solidaritätsgelübde befehlen, indem sie die Bergarbeiter nach Kräften unterstützten. Nach dem Bericht über das letzte Vierteljahr und die Abrechnung ergab sich: Es fanden 28 Veden-, 10 Mitglieder- und 4 öffentliche Versammlungen, 4 Branchensitzungen, 2 Vertrauensmännerversammlungen und 9 sonstige Sitzungen statt. Differenzen gab es auf zwei Stellen; auf einer bei Firma B. Krefft, wo es sich hauptsächlich um den Kirch-Dünderischen Gewerkschaftshandels, kam es zur Arbeitsniederlegung. Kollege Haas führte dann weiter aus: wenn wir hier sagen, es seien auf zwei Stellen nur Differenzen, so handelt es sich um solche ernstlicher Natur. Kleinere Differenzen, bei denen wir eingreifen mußten, waren massenhaft vorhanden. Und wenn wir hier und da nicht so vorgehen konnten, wie wir gerne gewollt hätten, so trug die laue Geschäftslage daran Schuld. Wie die Fabrikanten es verstanden, die schlechte Geschäftslage dazu auszunutzen, die Arbeiter noch mehr zu knebeln wie bis dato, zeige sich ja schon daran, daß man in einigen Fabriken verschärfte Strafbestimmungen einführen wollte. Andere wieder appellierten an das Ehrgefühl der Arbeiter, damit sie mehr leisteten, damit die Firma konkurrenzfähig bliebe. Es sei die Pflicht eines jeden organisierten Metallarbeiters, jetzt in den Wintermonaten die Organisation auszubauen, damit, wenn im Frühjahr die Konjunktur wieder eine bessere würde, wir gerüstet daständen, um die Verschlechterung zurückzuweisen. Daß der Metallarbeiter-Verband in stetigem Wachstum begriffen sei, zeige schon, daß man in dem vierten Quartal 1904 184 Neuaufnahmen und 12 Übertritte zu verzeichnen habe. An Beitragsmarken habe man rund 2000 mehr verkauft wie im Quartal vorher, dieses beweise, daß auch die Kollegen in puncto Bezahlen sich gebessert hätten, aber noch wäre man nicht so weit, daß man sagen könnte man hätte die richtige Höhe erreicht, deshalb müßten sich die Mitglieder immer mehr befehligen, pünktlich alle Wochen ihre Beiträge zu bezahlen. Hierauf hielt der Kollege Dismann von Wachen ein mit Beifall aufgenommenes Referat über die Einführung der Kranken- und Sterbeunterstützung im Verband. Jeder führte aus, daß es sich der Verband durch einen Beschluß der Berliner Generalversammlung zur Pflicht gemacht hätte, das Unterstützungswesen immer mehr auszubauen, daraufhin hätte der Vorstand seine Vorlage ausgearbeitet. Man könnte nun sagen, daß wohl keine Kasse für 10 Pf. soviel bietet, wie der Vorstand in seiner Vorlage und die Mitglieder wären dumm, wenn sie dieses, was ihnen jetzt bei einer Erhöhung der Beiträge von 10 Pf. geboten wird, nicht annehmen würden. Ferner betonte Redner, daß aber trotz der Einführung neuer Unterstützungen der Verband seinen Kampfescharakter nicht verlieren würde, sondern nach wie vor sein Hauptgewicht auf Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für seine Mitglieder legen würde. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Unterstützungen aus, nur ein Kollege meinte, man sollte die Beiträge noch mehr erhöhen, damit auch noch mehr geboten werden könnte.

Heidelberg. Ein Zwingler des Kapitalismus ist die auf der benachbarten Gemarkung Hohloch gelegene fuchsische Waggonfabrik, Aktiengesellschaft. Schon einige Male hatten wir Veranlassung, uns in der Metallarbeiter-Zeitung mit dieser Firma zu beschäftigen. Nach heute hat es keine Verbesserung, die wir über diesen Betrieb annehmen können. Der letzte Geschäftsbericht des Aufsichtsrates spricht von "recht gedrückten Verkaufspreisen", was zur Folge gehabt habe, daß sich die Herren Aktionäre mit vier Prozent Dividende zufrieden geben mußten, gegen sechs Prozent im Jahre 1903. Dies scheint die Veranlassung zu sein, an den Aktionären der Metallarbeiter noch mehr heranzugreifen. Die Direktion hat zu diesem Zwecke ein sehr williges Werkzeug in der Person des seit einigen Wochen angestellten Ingenieurs Eichner gefunden. Der Herr versucht die schon bisher nicht angenehmen Verhältnisse in der Fabrik in geradezu raffische Umwandlung. Die Behandlung wird eine geradezu menschenunwürdige. Ein Arbeiter, der sich ein Paar Wiener Höschen warm machen wollte, mußte dieses "Verbrechen" mit 1 Mk. Strafe büßen. Anderen Arbeitern, die sich gegen die Herabsetzung der Dividende wehrten, wurden Schläge angedroht. Von den zur Auszahlung kommenden Dividenden geben zwei uns vorliegende Zettel Auskunft. Nach diesen Zetteln verordnete der eine Metallarbeiter in zwölf wachen Arbeitstagen 2,35 Mk., der andere 2,40 Mk. Wie damit jemand auskommen kann, das zu beweisen wäre wohl Sache der Direktion oder des Herrn Eichner. Die Arbeiterschaft ist über diese Zustände empört, das zeigte auch die am letzten Montag abgehaltene, von der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in die Kirchheimer Bahnhofstraße einberufene Versammlung der Arbeiter der Fabrik. Sehr zahlreich waren die Arbeiter erschienen. Der Referent, Kollege Hipp von hier, teilte in scharfen Worten die unzulässigen Zustände. Um dies zu ändern, müßten die Arbeiter den gewerkschaftlichen Organisationen beitreten, nur dann werde es möglich sein, den Herren der Firma etwas beizubringen, daß auch die Arbeiter Menschen sind. Um den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der unter anderem Herr Brügmann von Wachen des Holzarbeiter-Verbandes an die anwesenden Holzarbeiter ebenfalls die Aufforderung zum Beitritt in die Organisation richtete. Nach einem Schlußwort des Referenten wurde die von Leiter der Versammlung, Kollege Klein, vorgelegene Resolution einstimmig angenommen; diese lautet: "Die heutige Versammlung der Arbeiter der fuchsischen Waggonfabrik erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie erklärt in den freien Gewerkschaften die Organisationen, die sich ernstlich zur Aufgabe gemacht haben, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. Die Anwesenden verpflichten sich, diesen Organisationen sich anzuschließen." Eine größere Anzahl Mitarbeiter die anwesenden Aufnahmestellen. Nächste auch gab die anderen fuchsischen Arbeiter diesem Beispiel folgen, denn

für sie gibt es, um die unwürdigen Zustände zu ändern, nur eins: Hinein in die Organisationen!

Karlsruhe. Am 23. Januar fand eine Fabrikerversammlung der in der "Elektrischen Industrie" beschäftigten Arbeiter statt mit der Tagesordnung: "Die bevorstehenden Arbeiterentlassungen und die Stellungnahme der Arbeiter hierzu." Kollege Weiß aus Pforzheim, der das Referat zu dieser Versammlung übernommen hatte, besprach zunächst die Entwicklung der deutschen Industrie, zu deren heutigem Stand die deutschen Arbeiter den größten Teil beigetragen haben. Traurig sei es demgegenüber, daß die Unternehmer aus Profitgier die Löhne der Arbeiter immer mehr herabdrücken sich bemühen. Es brauchte deshalb nicht wunderzunehmen, daß sich die Arbeiter aufrufen und den Unternehmern die Stirn bieten, daß sie sich organisieren. Doch nicht nur das Herabdrücken der Löhne bedinge die Vereinigung der Arbeiter, sondern auch das ganze rücksichtslose Vorgehen des Unternehmertums müsse die Arbeiter zur Entschlossenheit drängen. So hat man beispielsweise in der "Elektrischen Industrie" Arbeiter entlassen, "wegen Mangel an Arbeit", darunter zwei Mitglieder des Arbeiterausschusses, denen sogar von der Direktion das Zeugnis ausgestellt wurde, daß sie tüchtige Arbeiter seien. Es herrsche aber nicht Arbeitsmangel, in Wirklichkeit liege die Sache so, daß diese Arbeiter gegenüber der Direktion die Interessen der Arbeiter mit Nachdruck vertreten haben. Das war der Direktion unliebsam. Die Direktion will den Arbeiterausschuss nur als Dekoration und nicht als Interessenvertretung der Arbeiter. Es ist deshalb diese Maßnahme als nichts anderes als eine Maßregelung zu betrachten. In dieser Fabrik war es seit her üblich, daß zu Weihnachten an jeden Arbeiter ein Geschenk verabreicht wurde, nur an den letzten Weihnacht hat man das Geschenk nicht mehr ausbezahlt. Ein Arbeiter fragte kurz nach Weihnachten einen Meister, weshalb es diesmal nicht ausbezahlt wurde, er erhielt zur Antwort: "Gäht ihr keinen solchen Arbeiterauschuss gewählt, dann hätten ihr es wieder bekommen." Redner bemerkte hierzu, daß wir auf dem Standpunkt stehen, auf alle diese Geschenke zu verzichten, denn sie seien nur dazu angetan, den Arbeiter williger zu machen. Wir wollen gerechten Lohn und nicht "Geschenke". Es wurde folgende Resolution angenommen: "Die heutige im 'Röhren Krug' tagende Versammlung, erkennt die Entlassung der Arbeiterauschussmitglieder als eine Maßregelung an, und verurteilt diese Maßnahmen der Direktion in scharfster Weise. Ferner erklären alle Anwesenden als Antwort auf dieses Gebahren, sich der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anzuschließen."

Wiesbaden. In der am Samstag den 28. Januar abgehaltenen außerordentlichen Versammlung wurde beschlossen, während des Generalstreiks der Bergleute im Ruhrgebiet einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Mitglied und Woche zu erheben. Da nicht alle Kollegen anwesend waren, wird ihnen der Beschluß auf diesem Wege bekannt gegeben. Der erste Extrabeitrag ist am Samstag den 4. Februar fällig.

Reimscheid. Am 14. Januar hielten wir eine Mitgliederversammlung ab, mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress und Berichterstattung über die Bezirkskonferenz in Essen. Nachdem der Delegierte in längerem Ausführungen über den Verlauf und die Beschlüsse der Konferenz berichtet hatte, entspann sich eine längere Diskussion. Es wurde die Art der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress kritisiert und hervorgehoben, daß diese Wahl nicht einer Anzahl Beamten und der in kleiner Anzahl vertretenen sonstigen Delegierten zufiele, sondern, daß ein jedes Mitglied das fakturatische Recht habe, seine Stimme für die aufzustellenden Kandidaten in die Waagschale zu werfen. Eine längere Debatte entspann sich über die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses, in deren Verlauf namentlich viele Klagen über die unzulässige Agitation der kleineren Gewerkschaften (namentlich des Schmiebereverbandes) geführt wurden. Es wurde der Antrag gestellt, dahin zu wirken, daß die auf dem Frankfurter Kongress gefasste Resolution Buße außer Kraft gesetzt werde.

Regel. In den nördlichen Vororten Berlins, in Reinickendorf, Dabrow, Regel, sind im Laufe der letzten Jahre eine Anzahl Maschinenfabriken und Eisengießereien errichtet worden oder es haben die Unternehmer ihre Betriebe von Berlin nach den Vororten verlegt, wohl deshalb, weil es ihnen nicht gestattet wurde, in Berlin die Fabrikanlagen weiter auszubauen, und weil Grund und Boden in den Vororten bedeutend billiger ist. Einzelne Unternehmer haben große Kolonien gegründet (sogenannte Wohlfahrtsanstalten) um die Arbeiter vollständig an die Scholle zu fesseln und sie rücksichtslos ausbeuten zu können. Die derartig gebundenen Arbeiter getrauen sich in vielen Fällen nicht energig gegen Verschlechterungen zu protestieren, um nicht der Arbeit verlustig zu gehen. Dieses hat wohl viel dazu beigetragen, daß gerade in diesen Betrieben die Agitation zur Anwerbung neuer Mitglieder für unseren Verband so außerordentlich schwer und nicht so erfolgreich gewesen ist wie in den Berliner Betrieben. Auch trägt ein Umstand dazu bei, daß wir in den größeren Betrieben, wie bei Borjig in Regel und anderen, mit mehr als einem Duzend Organisationen zu rechnen haben. Einige dieser Konkurrenzorganisationen suchen mit nicht gerade sauberen Mitteln die Kollegen für sich zu gewinnen. Wenn wird die Daseinskompetenz der anderen Organisationen in den Betrieben der Metallindustrie endlich einmal aufhören? Nachdem der Streik der Dreher bei der Firma Borjig im Jahre 1902 beendet war, sah ein Teil der dort Beschäftigten die Notwendigkeit der Organisation ein, und es liegt von dieser Zeit an unsere Mitgliederzahl von Tag zu Tag. Auch tragen die überaus großen Mißstände und das große Benehmen einzelner Meister gegen die Arbeiter sehr dazu bei. Um diese Mißstände eingehend zu schildern, könnte man ein dickes Buch schreiben, doch wollen wir nur einiges anführen, um zu beweisen, daß nur eine starke Organisation imstande ist, den Arbeitern zu helfen. Es wird mit Recht schon seit Jahren darüber geflagt, daß die großen Arbeitsräume, besonders die Reffschmiede, nicht genügend geheizt werden und darin ein so großer Zugwind ist, daß die Kollegen bei der schweren Arbeit großen Gefahren für ihre Gesundheit ausgesetzt sind. Auf eine Beschwerde erklärte der Direktor Borjig: "Was meinen Sie wohl, was mir das kosten würde, diese großen Räume zu heizen? Das kann ich jetzt unmöglich machen, der Dampf kostet enorm viel Geld." Damit ist gesagt, daß sich die Arbeiter, um dem reichen Herrn Borjig nicht so viel Ausgaben zu machen, ruhig ihre Gesundheit untergraben sollen. Wenn sie nicht mehr genug schaffen können, brauchen sie auf den bekannten Fußtritt nicht zu warten. Ein weiterer Mißstand ist das Überfülltwerden. Obwohl Herr Borjig vor längerer Zeit erklärte: "In meinem Betrieb wird niemand gezwungen, Überstunden zu machen," ist es keine Seltenheit, daß Arbeiter in einer Woche 90 Stunden und darüber gearbeitet haben. Es ist aber in letzter Zeit einigere Verufen (Drehern) gelungen, infolge ihrer guten Organisation das an sie gestellte Verlangen zu überwinden zurückzuweisen. Man sollte meinen, dieser Erfolg hätte doch wenigstens dem Jubilerentzünden die Augen darüber öffnen müssen, daß er als einzelner ein Nichts ist, wenn er aber mit seinen Kollegen zusammenhält, viel Böses abwehren kann. Über einen ebenso großen Mißstand wird aus der Gießerei geflagt. Beim Schmelzen von Arbeitsstücken tritt ein so ungeheurer Qualm, daß die Arbeiter es in dem Räume nicht aushalten. Auf eine Beschwerde erklärte der Herr Betriebsingenieur: "Es wird in Zukunft ebenso geschwießt, dann mögen Sie so lange ins Freie gehen, Sie kommen schon von selber wieder herein." Also, auf fast für genügende Belüftung zu sorgen, geht man auch hier rücksichtslos mit der Gesundheit der Arbeiter um. Die former Klagen auch über fortwährende Abzüge wollten. Wenn es die Arbeiter dann endlich satt bekommen, sich mit Versprechungen trösten zu lassen, dann kommt man her und schreit in die Welt hinaus, die unverschämte Begehrlichkeit der Arbeiter sei nicht mehr anzuhalten. Wir wollten einmal sehen, was Herr Borjig und seine Trabanten dazu sagen würden, wenn sie tagaus und tagan in solcher Atmosphäre arbeiten müßten. Sie würden sich dafür bedanken. Eine bekannte Methode, Preisbegünstigungen vorzunehmen

oder die Arbeit so billig wie nur irgend möglich von den Arbeitern zu erhalten, wird auch bei Borjig angewandt. Als im vorigen Jahre eine Bestellung aus Italien kam (Stearna Romana), da hieß es: "Wir können nur dann die Arbeit bekommen, wenn sie billig wird." Unter dieser Begründung wurde auch hier die Arbeitererschaft mit überaus schlechten Preisen beglückt, überhaupt ist die Preisbegünstigung hier an der Tagesordnung und der Verdienst bei einzelnen Branchen so niedrig, daß, wenn die Berliner Kollegen arbeitslos sind, sie erst zu allerletzt zu Borjig gehen, um dort vorübergehend Arbeit zu nehmen. Darum der große Wechsel der Arbeiter. Die treuen Schaffenden, die es auch bei Borjig gibt, suchen ängstlich die Verbindung mit den aufgeklärteren Arbeitern zu verhalten oder sie helfen dazu, sie hinauszugraulen. Aber gerade durch die fortwährenden Verfolgungen und Verurteilungen einzelner ist unsere Organisation das geworden, was sie heute ist: eine Vereinigung von über 200.000 Mitgliedern, die einzige Organisation, die die Arbeitgeber der Metallindustrie als ihren zu respektierenden Gegner öffentlich erklärt haben. Die Kollegen von Borjig haben auch einen Arbeiterausschuss, der von der Fabrikleitung genehmigt ist. Er wird aber nur dann einen Wert haben, wenn alle Kollegen geschlossen hinter ihm stehen. Nur dann kann er die Interessen der Arbeiter genügend und mit Nachdruck vertreten. Darum, ihr Kollegen von Borjig, tretet ein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, agitiert unermüdet für ihn. Es sieht noch sehr traurig bei einzelnen Branchen mit der Organisation aus, aber es muß der letzte Mann zu unserer Organisation herangezogen werden. Nur dann haben sich die Kollegen einen Schutzwall gegen alle Übergriffe der Unternehmer gezogen. Auch bei Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird die Organisation jederzeit hinter euch stehen. Also nochmals: rüttelt die Lauen auf, damit sie nicht in die Lage kommen, zu sagen, es sei zu spät.

Wittenberg. Unweit unserer Lutherstadt liegt das Städtchen Jessen, in dem sich die Wesschwaren- und Maschinenfabrik von Fuhrmann & Sohn befindet. Diese Firma suchte vor längerer Zeit im Volksblatt für Mahalt tüchtige Schlosser und Dreher. Es sind auch mehrere Schlosser und Dreher auf dieses Inserat herein gefallen, die es jetzt zu bereuen anfangen, das Eldorado in Jessen kennen gelernt zu haben. Das Interessante bei der Sache ist, daß die Firma Arbeiter in einem sozialdemokratischen Blatt suchte, nachher aber denen, die darauf angebissen, verbot, organisiert zu sein. Es ist aber aller Grund vorhanden, daß sich die Arbeiter der Firma organisieren, schon der "hohen Löhne" wegen, denn 12 Mk. in vierzehn Tagen ist keine Seltenheit. Der höchste Lohn in vierzehn Tagen ist 36 Mk. Der Firmeninhaber hat erklärt, daß man sich die Stadt nicht "verfeuchen" lassen wolle. Die von auswärts zugezogenen Arbeiter sucht man dadurch zu fesseln, daß man an sie die von der Firma erbauten Wohnungen vermietet; machen sich die Mieter unliebsam, setzt man sie einfach an die Luft. Vor kurzem ist einer unserer Kollegen vor die Alternative gestellt worden, entweder aus dem Verband auszutreten oder das Eldorado verlassen. Es werden vielleicht schon in nächster Zeit verschiedene unserer Kollegen den Jessener Staub von ihren Pantoffeln schütteln. Dann wird es der Firma jedenfalls etwas schwerer fallen, in einer von Arbeitern geleiteten und unterhaltenen Zeitung Arbeiter für ihr Musterinstitut zu erlangen. Den Arbeitern dieser Firma aber rufen wir zu: Hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, damit diesen traurigen Zuständen ein Ende gemacht werden kann.

Zeit. In der außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 22. Januar wurde beschlossen, zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter in den Monaten Januar und Februar je einen Wochenbeitrag mehr zu erheben. Jeder Kollege ist verpflichtet, diesem Beschlusse nachzukommen.

Schmiede.

Hannover. In der Hannoverischen Waggonfabrik haben von 20 Schmieden 19 die Arbeit niedergelegt. Durch die Machinationen der Betriebsleitung haben sich die Arbeitsverhältnisse dort von Tag zu Tag verschlechtert. Die am besten bezahlte Arbeit ließ die Firma in der letzten Zeit auswärts anfertigen. Außerdem wurde verlangt, daß die Schmiede sich das Material, das vordem an die Arbeitsstelle geliefert wurde, nun selbst heranziehen. Für Schlackenabfahren und Werkzeugmachen wurde ebenfalls nichts mehr bezahlt. Dadurch war es den Arbeitern in den meisten Fällen gar nicht möglich, auf ihren Stundenlohn zu kommen, da sie auch noch oft stundenlang auf Arbeit warten mußten. Alle Vorstellungen der Schmiede nützen nichts; als diese bestimmte Antwort verlangten, vertrießte der Herr Direktor. Dadurch sehen sich die Schmiede gezwungen, die Arbeit niederzulegen. Zugang ist fernzuhalten.

Rundschau.

Reichstag.

23. bis 26. Januar. Nur vier Plenarsitzungen hielt das Reichs-parlament in der letzten Woche ab. Am Freitag fiel die Sitzung wegen der Geburtstagsfeier des Kaisers aus und für den Freitag legte das "Recht auf Faulheit". Dabei drängt die Arbeit so sehr, daß man schon jetzt voraussetzen kann, der Etat werde wiederum nicht rechtzeitig bis zum 31. März fertig gestellt werden. Die Opposition hat alle Ursache, dieser Lotterwirtschaft, so weit das in ihren Kräften steht, ein Ende zu bereiten und die Regierung für später zu einer rechtzeitigen Berufung des Parlamentes zu zwingen; sie kann das am besten dadurch, daß sie selbst stets auf eine genügende Präsenz ihrer Mitglieder hält und auch mit den Mitteln der Geschäftsordnung die Anwesenheit der Regierungsparteien erzwingt: nur ein beständig beschlußfähiges Haus kann von der Regierung die ihm gebührende Achtung ertragen und dabei seine eigenen Aufgaben rasch und zweckmäßig erledigen. So wie die Dinge heute stehen, sind oft nur die in Kommissionen tätigen Mitglieder des Reichstags im Hause anwesend, sobald die Beschlußunfähigkeit einleuchtend ist. Nur bei besonderen Gelegenheiten, wie bei der Fortsetzung der Bergarbeiterinterpellation am Montag den 23. Januar war der Sitzungssaal des Parlaments leidlich gefüllt. Die Debatte hielt sich bis zum Schluß auf ansehnlicher Höhe und gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Vertreter des brutalen Herrenstandpunktes unter den Unternehmern. Hatte am ersten Tage der Interpellationsberatung der Kartätschenschuß an der Newa dem Grafen Bülow offenbar die Befonnenheit vollständig geraubt und ihn in einen gelinden Scharfmacher föhneingetrieben, so verfehlte der furchtbare Eindruck nichtswürdiger Schlächtereien an blutigen russischen Sonntag seine Wirkung auf den letzten Tag nicht. Auch dem Stimmten und dem Schlammten aller wirtschaftlichen und politischen Reaktionäre muß ja klar werden: die Lage des Absolutismus sind vorbei. Nicht bloß in den Staaten, auch in den wirtschaftlichen Betrieben läßt sich die absolute Herrschaft des Autokraten nicht mehr aufrecht erhalten. Beharrlich und erbittert wehrt sich das Unternehmertum gegen die Einführung der konstitutionellen Verfassung, aber es hilft ihm nichts — die Demokratie ist auf dem siegreichen Vormarsch. Wir haben die Zeichen der Zeit schon lange richtig gedeutet, aber es ist wichtig festzuhalten, daß sich jetzt auch die Engl., Spanj., Stöcker u. s. w. dieser Einsicht nicht mehr verschließen. Die Macht der organisierten Arbeitererschaft, die manchmal unmaßbare, nicht nach Zahl und Maß anzugebende Macht, trat jeltel so deutlich in die Erscheinung, als bei diesem Meisenstreik, bei dem vier Organisationen geschlossen vorgehen. Der Organisationsgedanke muß durch diese Ereignisse und ihre parlamentarische Behandlung eine außerordentliche Stärkung erfahren, und es ist an uns Gewerkschaftern, die Situation auszunutzen. Die Geschäftsordnung des Reichstags kommt bei Interpellationen keine Abtinnung; darum muß eigentlich jede Interpellation schließlich auf einen Isen Strang geraten. Aus diesem Grunde hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags beschlossen, sofort einen Antrag auf Revision und Ergänzung der auf den Bergbau bezüglichen Gesetzesvorschriften einzubringen. Gleichzeitig mit diesem Antrag wurde bekannt, daß auch die preussische Regierung den Landtag mit

einigen gesetzgeberischen Maßnahmen bemühen will. Ausgerechnet den preussischen Landtag, in dem kein einziger Vertreter der Arbeiterklasse Sitz und Stimme hat! Was dabei herauskommen wird, mag man sich ausmalen, indem man die Reichstagsrede des konservativen Führers v. d. Heydebrand vom 23. Januar nachliest und dabei bedenkt, daß die Partei dieses Mannes im Unterparlament die absolute Mehrheit hat. Funke v. d. Heydebrand ist ein politischer Schlingensiefel, ein Mann, der um 100 Jahre mindestens zu spät auf die Welt gekommen ist — eine Versteinerung. Man schlägt unwillkürlich die Hände über dem Kopf zusammen, wenn man einen solchen wackelnden Konservativen über „Arbeiterfragen“ reden hört: unberührt von allem, was seit zwei Menschenaltern in unserer Volkswirtschaft vorgegangen ist, ohne eine blasse Ahnung von den Gefahren und der Fierlichkeit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, dekretiert er, man dürfe nicht vergessen, daß die Ansprüche „des vierten Standes“ (!) zur Verteuerung der Arbeit, weiterhin der Güter führe und damit die Arbeiter selbst treffe. Also: wenn die Arbeiter höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit erkämpfen, dann — geht es ihnen schlechter! womit denn allerdings die Verteuerung und Zwischmähigkeit der modernen Arbeiterbewegung bündig widerlegt worden ist.

Der große Vergarbeiterstreik von 1889 gab den Anstoß zu wichtigen sozialpolitischen Maßnahmen; es hat — aus dem Gange der parlamentarischen Verhandlungen zu schließen — den Anschein, als sollten unsere ruhigen Arbeiterbrüder wieder einmal zu Preisfeindern des Proletariats werden.

Nach dem Abschlag der Beratung der Vergarbeiterinterpellation wandte sich der Reichstag dem Postetat zu. Dabei entspann sich wieder die übliche Polendeckelung; es ist eine der unerfreulichsten und am schwersten zu ertragenden Rückständigkeit unseres politischen Lebens, daß die staatlichen Versuchsanstalten in den Dienst der politischen Kämpfe gestellt werden. Das haben wir bei den Eisenbahnen, aber ebenso bei der Post, in deren Etat alljährlich Summen zur Bekämpfung des Postentums eingestellt werden, die die Befürchtung gerechtfertigt erscheinen lassen, es handle sich bei ihnen um Korruptionssfonds. Ein Zurück aus dem beständigen Wachsen der Staatsbetriebe gibt es bei uns nicht mehr; daher müssen wir immer nach vorwärts drängen und die Staatsbetriebe so weit ausdehnen, daß es schließlich unmöglich wird, sie à la Budde und Kräfte zu misbrauchen. In diesem Sinne dürfen wir die angustierende Verstaatlichung des Bergbaues wirklich willkommen heißen. Fiskalität und Gewinnstreicheit sind nur bis zu einer gewissen Entwicklungsstufe möglich; von einem bestimmten Punkte ab ist damit aber nicht mehr zu machen.

Zu der Budgetkommission des Reichstags wurde die scharfe Aktion gegen die koloniale Mißwirtschaft so lange weiter geführt, bis das Zentrum umfiel; nachdem seine Wünsche offenbar befriedigt worden waren, deckte es die Fehler und Vergehen des Regimes Bülow mit dem Mantel seiner patentchristlichen Liebe zu.

Berggesetzgebung.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichsanzler zu ersuchen, dem Reichstag nach in der gegenwärtigen Tagung eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzulegen, welche für den Kohlenbergbau Bestimmungen trifft über:

1. Festsetzung der Schichtdauer einschließlich Ein- und Ausfahrt mit besonderer Berücksichtigung der Schichtdauer von nassem sowie heißen Orten mit über 28 Grad Celsius; Verbot der Sonntag- und Überschichten mit Ausnahme der Arbeiten zur Rettung von Menschenleben, für außerordentliche Betriebsstörungen und Schichtreparaturen.
2. Lohnzuschlag für Schichtreparaturen an Sonn- und Feiertagen.
3. Befreiung des Magennullens. Bezahlung der wirklich gelieferten Kohlen. Mithung der Wagen nach Raum oder Gewichtsinhalt.
4. Wahl und Bestellung von Wagenkontrollleuren oder Wiege-meistern durch die Belegschaft.
5. Regelung der Lohnzahlung; kostenlose Lieferung des Schieße-materials und des Gelenkes durch die Zechenbesitzer.
6. Errichtung von Arbeiterauschüssen zur Förderung von Beschwerden und Mißständen, Regelung des Strafgeldwesens und der Mitverwaltung der Unterhaltungskassen.
7. Wahl von Grubenkontrollleuren durch die Belegschaft.
8. Regelung des Mietrechts für die den Zechenbesitzern gehörenden Arbeiterwohnungen.

Berlin, den 26. Januar 1905.
Kaum war dieser Antrag der preussischen Regierung bekannt geworden, ließ sie folgende Meldung verbreiten:

Die königliche Staatsregierung beabsichtigt, außer den bereits früher angeforderten Gesetzentwürfen betreffend die Abänderung der §§ 65, 156 ff. des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1855 bis 1892 (Stillegen von Zechen) und die Neuregelung des Knappschaffwesens, dem Landtage demnächst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches der dritte Abschnitt des dritten Titels des Allgemeinen Berggesetzes, soweit er von den Bergleuten handelt, einer Abänderung unterworfen werden soll. Diese Abänderung wird aller Voraussicht nach sich namentlich auf folgende Gegenstände erstrecken:

1. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit beim Steinkohlenbergbau, einschließlich der Seilfahrt, soweit dies durch sanitäre Rücksichten geboten ist.
2. Gesetzliche Regelung des Über- und Nebenschichtwesens.
3. Obligatorische Einführung von Arbeiterauschüssen, welche insbesondere auch bei der Verwaltung derjenigen Zechen-Unterhaltungskassen mitzuwirken haben, in welche Arbeiterbeiträge oder Strafgelde fließen.
4. Verbot des Nullens.
5. Begrenzung der Höhe der Strafen für einen bestimmten Zeitraum.

Es ist bezeichnend, daß man diese Materie im Dreiklassenparlament regeln und der Reichsgesetzgebung entziehen will. Das ist mehr als verdächtig. Man vergegenwärtige sich nur die Reden, die kürzlich im preussischen Landtage über den Vergarbeiterstreik gehalten wurden. Von dieser Körperlichkeit ist nur Schlimmes zu erwarten.

Water und Sohn.

Der bekannte Kohlen- und Stahlkönig, nebenbei auch Zentrumskatholik, hat einen Sohn, der aus der Art geschlagen ist. Die Bergleute des alten Thypfen streifen. Der junge Thypfen hat nun für sie 1000 Mk. spendet und er begleitete die Gabe mit folgendem Schreiben:

„Gleichzeitig möchte ich bemerken, daß ich mich mit der rigiden Stellungnahme der Zechenbesitzer gegenüber den zum Teil berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht solidarisch erkläre.“

Der alte Thypfen soll übrigens schon mehrmals den Versuch gemacht haben, seinen Sohn für verrückt erklären zu lassen. Bisher ist benützt er die 1000 Mk.-Spende zu einem neuen solchen Versuch.

§ 153.

Der Bohrer Otto L. hatte sich wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung vor dem Schöffengericht Bückau zu verantworten. Gelegentlich des Streiks bei Langensiepen im Sommer des vorigen Jahres soll der Angeklagte L. und der inzwischen abgeurteilte Dreher K. den Eisendreher Hermann Gadau zu überreden versucht haben, die Arbeit ebenfalls mit niederzulegen. Bei dieser Gelegenheit sollen L. und K. sich haben hinreißend lassen, einige scharfe Ausdrücke mit Bezug auf G. zu gebrauchen. Letzterer soll darauf erwidert haben: „Geh mit 500 Mk., ihr Lumpen, dann arbeite ich auch nicht!“ Hierauf soll der Angeklagte L. dem G. in der Erregung eine Ohrfeige gegeben haben. Dasselbe soll L. mit dem früheren Schloffer, jetzigen Kellner Paul Sturm, der ebenfalls zu den damaligen Arbeitswilligen gehörte, getan haben. Zeuge Eckart, der schon vor längerer Zeit den Strafantrag wegen Ver-

leidigung zurückgezogen hatte, beruft sich auf seine früheren protokollierten Aussagen. Nach Vernehmung der Zeugen, die den Angeklagten erheblich belasten, beantragt der Ankläger gegen den Angeklagten L. fünf Monate Gefängnis. Diese Strafe, meinte der Ankläger, sei angemessen in Anbetracht der Mißhandlung, die L. gegen Andersdenkende ausgeübt habe. Mit dem Ausdruck: „Lumpen!“ hätte Gadau niemand beleidigt, da man Verstoßene gemeinhin als Lumpen bezeichne! Der Verteidiger, Rechtsanwalt Landsberg, stellte zunächst fest, daß Sturm zur Stellung eines Strafantrags nicht berechtigt gewesen sei, weil er zu der betreffenden Zeit, als der Vorfall sich ereignete, das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht hatte. Die den Angeklagten zur Last gelegten Handlungen könnten mit dem § 153 der Gewerbeordnung nicht in Verbindung gebracht werden, da derartige Mißhandlungen allgütliche Vorkommnisse seien. Man könne höchstens fällige Beleidigung annehmen, die mit einer entsprechenden Geldstrafe zu sühnen sei. Das Gericht erkannte auf sechs Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten.

Wie sich „ein jüdischer Schwindel“ in christliche Wahrheit verwandelt.

Die Mitteilungen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften — eine schwache Nachahmung des Korrespondenzblattes der Generalkommission — sind mit dem Beginn des Jahres 1905 und infolge des Eingehens des Christlichen Gewerkschaftsblattes umgewandelt worden in ein Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Das neue Organ, das, nebenbei bemerkt, andere Blätter ohne Quellenangabe fleißig auszieht, beginnt seine Laufbahn in recht vielversprechender Weise. Es wird nämlich erzählt, in der Generalversammlung der Münchener Ortskrankenkasse seien Vorstandschäft und Verwaltung scharf angegriffen worden. (Siehe auch Nr. 3 der Metallarbeiter-Zeitung S. 23.) Zu der Generalversammlung sei schließlich eine Resolution angenommen worden, die „die öffentliche Bevorzugung sozialdemokratischer Agitatoren bei Anstellung der Beamten und die damit verbundene Zurücksetzung von alten erprobten Verwaltungsbeamten“ entschieden verurteilt. Das Zentralblatt sagt dazu: „Diese Resolution spricht für die Hände. Um sie zu verstehen, muß man bedenken, daß die meisten Mitglieder der Sozialdemokratie bei allen Wahlen getrennt Gesellschafter leiten.“

Niemand wird wohl über diese Mitteilungen mehr verwundert sein, als die Generalversammlungsvertreter der Münchener Ortskrankenkasse, denen man imputiert, sie hätten die Resolution beschlossen, die in Wirklichkeit in der Kreuzbräuerversammlung der christlichen Gewerkschaften in München zustande kam. Wir wollen aber dem Zentralblatt nicht unrecht tun und es sei deshalb festgestellt, daß es diesen Schwindel nicht selbst fabriziert hat. Es ist das vielmehr eine der rühmlichst bekannten „Originalmeldungen“ des Münchener Korrespondenten des Berliner Tageblattes des Herrn Rudolf Mosse, das von der christlichen Presse bei sonstigen Gelegenheiten mit Vorliebe als „jüdisches Organ“ bezeichnet wird. Dieser köstliche Schwindel ist natürlich von einem großen Teil der bürgerlichen Presse mit wonnigem Behagen nachgedruckt worden und auch das christliche Zentralblatt hat ihn — selbstverständlich ohne Quellenangabe, aber mit moralischen Randbemerkungen eigener Aufmachung versehen — aufgenommen. Und so wurde eine „jüdische Reporterlüge“ im Handumdrehen in christliche Wahrheit verwandelt. „Das spricht Wände!“ Münchener Post.

Christlicher Unternehmertumismus.

In Worringen bei Aöln streifen etwa 35 Arbeiter der Kettenfabrik von Karl Born, die dem christlichen Metallarbeiter-Verbande angehören. Der Unternehmer hat nun an die übrigen Arbeitgeber folgende Schriftstück versandt:

„Nachdem auf Betreiben des Agitators des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes etwa 35 Arbeiter bei der Firma Karl Born in den Zustand getreten sind, wird von verschiedenen hiesigen Firmen auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, daß die Arbeitgeber sich zusammenschließen, um gegen solche Verbände, die alle auf sozialdemokratischer (!) Grundlage stehen, eine Abwehrvereinigung zu bilden. Die gehässigen Ausfälle seitens der Leitung des Verbandes, die sich nicht allein gegen die Firma Born, sondern auch gegen die anderen hiesigen Arbeitgeber gerichtet haben, zeigen zur Genüge die Bestrebungen solcher Arbeiter-Verbände. Der Arbeitgeber soll gar keine Rechte mehr besitzen, er soll gezwungen werden, alle Übergriffe der Organisationen zu dulden, ohne sich dagegen zur Wehr setzen zu dürfen. Der Zustand bei den Fortwärtigen in Levertusen im vergangenen Sommer hat dies zur Evidenz bewiesen. Unterliegt die Firma Born in dem Kampfe, so ist es gewiß, daß der Verband das ganze hiesige Terrain erobern wird und sämtliche Arbeiter der übrigen Betriebe sich dem Verbande anschließen werden. Weitere Ausfälle werden die unausbleibliche Folge hiervon sein. Angesichts der Wichtigkeit dieser Sache erscheint es geboten, in kürzester Zeit eine Versammlung anzuberufen, in welcher die zu ergreifenden Maßregeln besprochen werden sollen. Gleichzeitig ergeht an Sie die dringende Bitte, keine ausständigen Arbeiter der Firma K. Born in Beschäftigung zu nehmen.“

Der „christliche“ Unternehmer Born redet die Sprache der Verbände der Metallindustrie, er und noch viele seiner „christlichen“ Kollegen gehören gewiß diesem Verband an. Man hat aber noch nichts davon gehört, daß das Seelenheil dieser „christlichen“ Scharmacher deshalb bedroht sei, weil sie sich mit Andersgläubigen, mit Protestanten, Heiden und Juden, zur Wahrung ihrer materiellen Interessen verbunden haben. Nur den christlichen Metallarbeitern redet man ein, sie müßten sich von ihren Arbeitsbrüdern fernhalten.

Vom Ausland.

Italien.

Der fünfte italienische Gewerkschaftskongreß fand am 6. Januar und folgende Tage in Genua statt. Vertreten waren 15 Nationalverbände und 34 Arbeitskammern; 8 von den italienischen Arbeitskammern hatten Vertreter nicht entsandt. Außerdem hatten Vertreter entsandt der Bund der Magistrats, sowie das Arbeitsamt und die humanitäre Gesellschaft von Mailand. Für die deutschen Gewerkschaften war Genosse Legien anwesend. Der ganze erste Verhandlungstag war ausgefüllt mit der Diskussion über die soziale Gesetzgebung. Folgende Resolution gelangte in namentlicher Abstimmung zur Annahme: „Der Kongreß erkennt in der sozialen Gesetzgebung ein Mittel, um die moralische und ökonomische Lage der arbeitenden Klassen zu erhöhen.“ In der Gegenresolution war gesagt, daß der Kongreß von der sozialen Gesetzgebung nichts erwarte. Diese Resolution erhielt nur 8 Stimmen.

Nachdem sich der Kongreß im Prinzip für die Sozialreform ausgesprochen hatte, wurde die Diskussion über die einzelnen, an die Gesetzgebung zu stellenden Forderungen eröffnet. Annahme fand eine Resolution Cabrini, in der die Institution des Arbeitsamtes und des Höheren Arbeitsrats an sich als gute anerkannt werden, in der aber eine andere Zusammenfassung des Arbeitsrats nach den Wünschen der organisierten Arbeiter gefordert wird.

Der dritte Verhandlungstag begann mit der Diskussion der Eisenbahnfrage. Zur Annahme gelangte eine Resolution, die sich energig gegen die geplante Entretzung der Eisenbahnen ausspricht, denen man das Koalitionsrecht entziehen oder doch beschneiden möchte. Zu übrigen sprach man sich für die Verstaatlichung der Eisenbahnen aus. Sodann wurde über die Lage der Reisarbeiter verhandelt. Seit Jahren sind parlamentarische Kommissionen und das Arbeitsamt dabei, Schutzbestimmungen für die auf das furchtbare ausgebeuteten Reisarbeiter zu beraten. Wie immer aber, wenn und wo Gesetze zugunsten von Arbeitern gemacht werden sollen, so haben auch hier die langwierigen und unjüngstlichen Ermittlungen und Beratungen stattgefunden, damit dem Unternehmerman ja nicht zu wehe getan werde. Schließlich ist aber jetzt durch den Oberen Ar-

beitsrat ein Entwurf zustande gekommen, mit dem sich der Kongreß im wesentlichen einverstanden erklärte. Sobann gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es der organisierten Arbeiterklasse zur Pflicht gemacht wird, dahin zu wirken, daß die für politische Vergehen (namentlich wegen der Ereignisse von 1891 und 1899) in den Gefängnissen schmachten, die Freiheit wieder gewinnen, und es werden deshalb die Zentralverbände und die Arbeitskammern aufgefordert, das Zentralkomitee für die Befreiung der politischen Opfer zu unterstützen.

Der nächste Punkt behandelt das Verhältnis zwischen den Gewerkschaftsverbänden und den Arbeitskammern. Zu dieser Frage hatten sich circa 30 Redner gemeldet. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der ausgesprochen wird, daß zwischen den beiden Korporationen ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis aufrecht erhalten werden müsse und daß sich beide in freundschaftlicher Zusammenarbeit zu vereinigen haben.

Der ganze letzte Verhandlungstag wurde ausgefüllt mit dem Punkte: Stellung des Proletariats gegenüber den Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung bei ökonomischen Konflikten. Hierbei kann es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Sozialisten und den Anarchisten, Generalfreiklern und Republikanern. Eine von der Mailänder Arbeitskammer eingebrachte Resolution, in der es den Organisationen zur Pflicht gemacht wird, die Jugend vor Eintritt in die Armee aufzuklären, damit diese in vollem Bewußtsein die Konsequenzen ihrer Handlungen voll erfassen können, und in der der Generalfreier gewissermaßen als Prinzip, als das Kampfmittel gefordert wird, fand schließlich Annahme. Die weiteren Punkte der Tagesordnung betrafen lediglich interne Angelegenheiten der einzelnen Verbände.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 18. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Wohnung. — Die Revolution in Russland. Von Rosa Luxemburg. — Beiträge zur literarischen Arbeiterpolitik. Von Jean Meerfeld (Köln). II. — Die Arbeiterklasse und die Schutzpolizei. Von Otto Bauer. (Schluß.) — Die ökonomische und rechtliche Lage der Juden in Rußland. Nach dem vertraulichen Bericht des Wilnaer Gouverneurs. Veröffentlicht vom Jüdischen Arbeiterbund, Genf. Von N. N. — Literarische Rundschau: Paul Louis, Les étapes du Socialisme. Georg Weill, Histoire du Mouvement social en France. Von K. K. Das Festland am Südpol. Von ew. Notizen: Für das Heilverfahren „ungeeignete“ Krankeheiten! Von E. G.

Das Protokoll über den Parteitag der preussischen Sozialdemokraten ist im Verlag der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen. Preis 30 Pf.

Der Königsberger Hochverratsprozeß liegt nun komplett in 11 Lieferungen à 20 Pf. vor. Der Bericht über den Prozeß ist an Hand der Akten hergestellt.

Freie Stunden. Von dieser im Verlag des Vorwärts erscheinenden Wochenschrift liegt die zweite Hälfte des 3. Jahrganges gebunden vor.

Mitteilungen der Expedition.

Das immerwährend verspätete Eintreffen der Zeitungsbestellungen veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß Bestellungen auf Zeitungen spätestens am Dienstag früh in unseren Händen sein müssen. Später eintreffende Bestellungen können für die betreffende Woche nicht mehr berücksichtigt werden. Abgesehen von dem durch Nachlieferungen entstehenden Mehrporto muß doch auch die nötige Anzahl der Exemplare rechtzeitig bei der Druckerei bestellt werden können.

Bitte!

Wir ersuchen die Verwaltungsstellen, die gedruckte Jahreshenriche herausgeben, uns davon stets ein Exemplar zu übergeben. Die Redaktion.

Mitteilungen des Verlags.

W. v. Hamburg 21. D. R. Berlin, M. L. Leipzig u. a. Nach Orten, an denen sich Verwaltungsstellen befinden, senden wir keine Einzelemplare des Metallarbeiter-Notizkalenders, da letztere durch die betreffenden Bevollmächtigten erhältlich sind.

Den Fragestellern aus Göttingen, Hameln i. W., Koblenz, Köpenick, Neuruppin, Sorau u. a. Orten diene zur Antwort, daß bis jetzt noch keine Bestellungen auf Notizkalender bei uns eingegangen sind, aber die Lieferungen wegen früherer Rückstände von uns nicht ausgeführt wurden. Reklamieren Sie bei der Ortsverwaltung Ihrer Verwaltungsstelle.

K. v. Magdeburg. C. v. Neustadt i. S. Ohne Ausweis über ihre Mitgliedschaft können wir Ihnen für Inserate in der Metallarbeiter-Zeitung keine Vergünstigung gewähren, und müssen solche Anzeigen als Privatanzeigen aufnehmen. Als Ausweis über Ihre Mitgliedschaft empfehlen wir Ihnen, durch die dortige Ortsverwaltung das Manuskript abstampfen zu lassen.

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)
- Amberg i. G. Freitag, 3. Febr., abends 9 Uhr, in Patens Restaurant.
 - Ayolda. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus Vorwärts.
 - Berchheim (Hess.). Dienstag, 7. Febr., abds. 9 Uhr, im „Darmstädter Hof“.
 - Berchheim i. Th. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, im „Schwarzburger Hof“.
 - Bischofsheim. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, in Willes Lokal, Wasserort 28.
 - Baden-Baden. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, in Restauration „Bratwurkstraße“, Steinf. 7.
 - Bautzsch-Bismarckshaus. Mittwoch, 8. Febr., abends 9 Uhr, zur „Wache“ in Bautzsch.
 - Bayern. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, bei Büttner a. d. Petrikirche.
 - Bergedorf. Samstag, 4. Februar, abends 9 Uhr, bei B. Stille.
 - Berlin (Göbler, Bohrer, Fräser und Stöber). Sonntag, 6. Febr., vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Margaretenstr. 37c.
 - Berndorf. Samstag, 11. Febr., abds. 9 Uhr, bei Karl Untage, Steinf. 24.
 - Bitterfeld. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, im „Hohenzollern“.
 - Biankeuse. Dienstag, 21. Febr., abends 9 Uhr, bei Davidt in Döberitz.
 - Bremen (Klempner). Dienstag, 21. Februar, abends 9 Uhr, im „Bereitschaftshaus“.
 - Burg bei Magdeburg. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, zum „Gamb“ (Prolog).
Cuxhaven. Samstag, 11. Februar, abends 9 Uhr, in der „Stadt Hamburg“.
 - Danklage. Sonntag, 12. Febr., nachm. halb 4 Uhr, in der „Landestrom“.
 - Döbeln. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, in der „Muldenterrasse“.
 - Dortmund (Effeleschmied). Sonntag, 12. Febr., vormittags 11 Uhr, in der „Gernard“, Nord- und Heiligegeiststr. 11.
 - Dortmund, Weg. Zierpark. Sonntag, 12. Febr., vormittags 11 Uhr, bei Schäfer, Leising- und Leibnizstr. 11.
 - Duisburg. Samstag, 11. Febr., abds. halb 9 Uhr, im „Gambrianus“, Friedrich-Wilhelm-Platz.
 - Einde (Sammober). Freitag, 2. Febr., abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
 - Eisenach. Freitag, 10. Febr., abends 9 Uhr, im „Frühlingstamm“.
 - Elbing (Mg.). Sonntag, 12. Febr., mittags halb 12 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Al. Ziegelgasse 9.
 - Emmerdingen. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, im Gasthaus zum „Ruch“, unterm Tor.
 - Erfurt (Klempn.). Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, im „Drofi“.
 - Effen-Goltzhausen. Sonntag, 5. Febr., abends 6 Uhr, bei Watzung, Jochenstraße.
 - Freudbach. Samstag, 4. Febr., abds. 9 Uhr, im „Drofi“, Gewerkschaftshaus.
 - Gork i. S. Samstag, 11. Februar, abends 9 Uhr, bei Düberrath.
 - Frankenberg. Samstag, 11. Febr., abends 9 Uhr, im „Drofi“.

Frankfurt a. M. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kleiner Saal.
Wien Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Haus“.

Sörde i. W. Sonntag, 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Oerte, Benninghoferstraße.
Stuttgart Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Haus“.

Wilmshausen a. Rhein. Donnerstag, 9. Februar, abends halb 9 Uhr, „Zur Schweiß“, Wallstr. 20.
Düsseldorf Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Neuen Welt“, Grünstr. 2.

Wien Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Stiergarten“.
Hofenheim (Wiesbach) Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im Wabe-Restaurant.

Wien Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Stiergarten“.
Hofenheim (Wiesbach) Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im Wabe-Restaurant.

Wien Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Stiergarten“.
Hofenheim (Wiesbach) Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, im Wabe-Restaurant.

Billige böhmische Bettfedern! 10 Pfund neue geschlossene Mk. 3.-, bessere weisse daunenweiche Mk. 10.-, etc.

Wilhelm Kruse Markneukirchen No. 885 Die Grösste Vertheile bei direktem Bezug.

Metallarbeiter! Wir empfehlen euch von „Gewerkschaften“ vorliegende Vereins- und Festabzeichen, Rosenketten, Schließen, Schärpen, Urelettsachen etc.

Technikum Berlin Staalich inspiziert Tages- und Abendkurse zur Ausbildung, Jagdenkurs u. Techniker.

Maschinenschlosser-Gesuch. Tüchtiger Maschinenschlosser für die Reparatur in einer grossen Maschinenfabrik gesucht.

Einige Former für den Maschinenbau werden eingestellt. Louis Rauger, Limbach 5, Chemnitz.

Fahnen - Abzeichen für Vereine. ROBERT ADAM, STUTTGART.

Carnevals-Ork. neuestes Scherz-Instrument, das fidele Dudelsack.

40 Mark Dieser Schallplatten-Apparat mit Trompetenarm, tadellosem Uhrwerk, unter Garantie reell, stabil und fast unverwundlich.

Laubsägerei. Kerbschneiderei, Holzbrandmalerei liefert am billigsten.

15 tüchtige Formmaschinen-Former nach Nürnberg für dauernde Arbeit sofort gesucht.

Strickmaschinen. Das beste Erzeugnis. Auch auf Teufelung, Mustr. Pracht-Katalog gegen 30 Pf. Briefmarken. P. Kirsch, Döbeln.

Musikinstrumente, Phonographen und Saiten aller Art empfiehlt Ernst Schreyer.

Lebens-Gratis. Die meisten Beinkrankheiten sind heilbar ohne Operation, ohne Verbandschmerz und fast schmerzlos.

W. Davidowitz, Berlin-M. Brückenstr. 5 a. Für fünf Mark ein Fahrrad aber Jedermann erhält fünf Mark.

Durch enorme Leistungsfähigkeit beweist Ihnen die „Smith-Premier“-Schreibmaschine dass sie tatsächlich das Ideal aller Schreibmaschinen ist.

Metallarbeiter-Notizkalender für 1905. Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder.

Umsonst u. portofrei. vers. unv. gr. Hauptkatalog über Solinger Stahlwaren, Haushalt- u. Küchengeräte, Waffen, Optik etc.

Edmund Paulus Markneukirchen No. 367 Musikinstrumente jeder Art. Neuester Katalog umsonst.

Dr. med. Ernst Strahl Hamburg 103. Spezialärztlich geleitetes Institut in Hamburg, Brüssel, Warschau, Kiew, etc.

Permanenz-Fahrradwerke Ernst Domasch, Dresden-Löbtau. Reparaturen, Ersatz- und Zubehörteile konfektionslos billig.

Alexander Schlicke & Co. Druckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstrasse 16 b.

Otto Geigls & Co. Grütten bei Solingen 55. Altes Fabrikverwandhaus am Pläze.

J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart. Wir empfehlen nachstehende Werte: J. E. Choral Rogers, Die Geschichte der Englischen Arbeit.

30 Tage zur Probe! 5 Jahre Garantie. versende Rasiermesser No. 27 fein hobl. 2 Mk. 1.50.

Hygienische. D. Franz Steiner & Co. Berlin 99, Königsplatzstr. 7A.

Gold- und Silberwaren. Wecker-Uhren mit Absteller v. 1,60 an. Nickel-Remont-Uhr, 30 St.-Werk v. 3,25 an.

Emil Jansen. Stahlwarenfabrik u. Versandhaus I. Wald No. 28 b. Solingen.

Uhren aller Art. Wecker-Uhren mit Absteller v. 1,60 an. Nickel-Remont-Uhr, 30 St.-Werk v. 3,25 an.

Julius Busse Berlin G. 19, Grünstr. 3/5 C. Reich illustrierter Katalog über alle Arten von Uhren, Ketten, Gold-, Silber-, Nickel- und Bronzewaren.

Optische Artikel. Echt goldene Ringe v. 0,95 an. Kaffeeservice, vernickelt, 4 teil., 3/4 Lit. v. 3,20 an.

Photograph. Apparate. Wirklich billige und anerkannt reelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Uhrmacher und Händler.

Photograph. Apparate. Wirklich billige und anerkannt reelle Bezugsquelle für Wiederverkäufer, Uhrmacher und Händler.